

Förderverein Gedenkstätte Steinwache -
Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

Jahresrückblick 2025

Auf einen Blick

Vorwort	2	Netzwerk Antisemitismus: Aufruf für den 9. Oktober und Stellungnahme des Fördervereins	37
Nachruf auf Jutta Reiter und Gabriele Winterberg	3	10. November 2025: Pogromgedenken in Dorstfeld	37
13. Dezember 2024: Jahresabschlusstreffen im BierCafé West	3	Brief des Fördervereins an den neuen Oberbürgermeister Alexander Kalouti	38
Grußwort vom 15. Februar 2025: SLADO / CSD Demo der queeren Bewegung in Dortmund, gleichzeitig in 55 Städten bundesweit	4	Antwort des neuen Oberbürgermeisters Alexander Kalouti an den Förderverein	39
27. Januar 2025: Veranstaltungen zum Auschwitz-Gedenken	5	25. November 2025: Veranstaltung im Fritz Bauer Forum in Bochum anlässlich des Auschwitzprozesses 1963 - 1965	40
29. Januar 2025: Alwin Meyer - Die Kinder von Auschwitz	6	100 Jahre Westfalenhalle 1925 - 2025	41
Karfreitagsgedenken 2025	7	10. Dezember 2025: Jahresabschlusstreffen im BierCafé West	42
Neuerscheinung: Buch über Heinz Junge	18	Zu guter Letzt	
Veranstaltungen am 8. Mai 2025	19	Extreme Einstellungen für viele normal - Manche wollen Diktatur in Deutschland	43
Mai 2025: Vortragswoche mit Alwin Meyer	20	Ausarbeitung von Wilfried Stockhaus zum Thema Zwangsarbeit	43
Veranstaltungen Steinwache 2025	22	Impressum	44
Brief an die BV Hörde zum Mahnmal Zwangsarbeit Phoenixsee	23		
Schreiben an OB Westphal zum Torgauer Brückenstück	24		
22. Juni 2025: Gedenkveranstaltung an der Westfalenhalle	25		
27. Juni 2025: Mitgliederversammlung	27		
Vorstandswahlen	29		
10. Juli 2025: Besuch des Landtags in Düsseldorf	30		
24. Juli 2025: Gedenken in Hombruch	31		
1. September 2025: Antikriegstag am Alter Markt	33		
12. September 2025: FIR-Artikel zu 100 Jahre Bauhaus	36		

Vorwort



**Liebe Vereinsmitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde
des Fördervereins,
liebe Leserin und lieber Leser,**

hiermit legen wir unseren Jahresbericht 2025 über unsere Vereinsaktivitäten vor. Wir informieren über Unternehmungen und Aktionen, die wir als Förderverein durchgeführt haben sowie über die Mitwirkung an Projekten zivilgesellschaftlicher Akteure.

Bei den Kommunalwahlen im September haben nur 53 % der wahlberechtigten Dortmunderinnen und Dortmunder ihre Stimme abgegeben. Von den 234.300 abgegebenen Stimmen erhielt die AfD mit 38.485 Stimmen einen Anteil von 16,6 %. Das ist eine große Herausforderung aller demokratischen Kräfte in unserer Stadt, alles zu tun, um den gesellschaftlichen Rechtsruck zu stoppen bzw. zu überwinden.

Wir müssen hinterfragen, warum trotz einer umfassenden Erinnerungs-Gedenk- und Aufarbeitungskultur in unserer Stadt die Rechtspopulisten Erfolge feiern und rechtsextremistische und antisemitische Straftaten zugemessen haben und auch oft unzureichend aufgeklärt werden. Wir brauchen eine neue Praxis, die die Gegenwart so gestaltet, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Der Historiker Wolfgang Benz machte im Rahmen des Djem Djem Festivals bei einer Veranstaltung im Rathaus im September deutlich, dass Erinnerungskultur nicht zur bloßen Routine verkommen darf. Sie müsse kontinuierlich hinterfragt, lebendig vermittelt und in aktuelle gesellschaftliche Kontexte eingebettet werden. Besonders in einer Zeit, in der die Zeitzeugen zunehmend verstummen, sei es Aufgabe der jungen Generation, Verantwortung für das kollektive Gedächtnis zu übernehmen. Erinnerung braucht Wissen und darf nicht auf diffuse Gefühle reduziert werden. Erinnerung ist nicht nur der Blick zurück, sondern auch ein Auftrag an die Zukunft. Es geht nicht um das Verharren in Schuld, sondern um das Bewusstsein für historische Verantwortung als Fundament eines demokratischen, menschenrechtsorientierten Miteinanders. Deshalb sei auch jeder Mensch mit deutscher Staatsangehörigkeit - ob seit Geburt oder erst kürzlich eingebürgert - in der Pflicht, sich der Erinnerung zum Beispiel an den Holocaust zu stellen, quasi eine Ewigkeitsaufgabe, denn der Zivilisationsbruch durch den Nationalsozialismus sei in der Menschheitsgeschichte einmalig.

Ein generationen- und kulturübergreifender Dialog in unserer diversen Gesellschaft ist wichtig, wie auch die Erinnerung nicht spalten darf, sondern verbinden soll. Und jeder ist aufgefordert, Zivilcourage und Haltung zu zeigen und sich zu trauen, sich gegen einen Mainstream in unserer Gesellschaft, die geschichtliche Wahrheiten verfälschen oder bagatellisieren, zu stellen. Die Nutzung der sozialen Medien ist in diesem Sinne gegen die etablierten Medien und wachsender Desinformation hilfreich. Auch Lokaljournalismus wie die „Nordstadtblog“ spielen eine demokratische Rolle, sind Baustein für eine demokratische Öffentlichkeit, geben soziale Orientierung und Teilhabe.

Grundlage allen Handelns ist eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe, gerade für die Bevölkerungsgruppen mit prekären Lebensverhältnissen und umfassenden Investitionen in die soziale Infrastruktur. Ansonsten wächst der Nährboden für Rechtsextreme und Rechtspopulisten. Als Förderverein können wir gemeinsam mit vielen engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren in unserer Stadt, einen kleinen, aber wichtigen Beitrag gegen Gleichgültigkeit leisten und für Vielfalt, Toleranz, Solidarität und Demokratie eintreten.

Liebe Freundinnen und Freunde,
wir bedanken uns bei allen Partnern für die gute und
freundschaftliche Zusammenarbeit. Den Mitgliedern im
Vorstand und vielen Vereinsmitgliedern und Förderern
danke ich an dieser Stelle ebenso wie den Mitarbeitenden
in der Steinwache und im Stadtarchiv. Mein Dank
gilt auch dem neuen Fritz Bauer Forum in Bochum für
gemeinsames Tun. Ein besonderes Dankeschön gilt
auch der Auslandsgesellschaft für die Unterstützung
unserer Arbeit in den vergangenen Jahren.

Ich hoffe, dass der Bericht Anregungen für Diskussionen bietet, natürlich mit Interesse gelesen wird und gegebenenfalls ermutigt, Mitglied im Förderverein zu werden.

Im Jahr 2026 wollen wir fortsetzen, uns mit der „Zukunft des Fördervereins“ zu beschäftigen, mit der Weiterentwicklung der Ziel- und Aufgabenstellungen sowie mit der organisatorischen und personellen Ausrichtung.

Dortmund, im Januar 2026

Georg Deventer, Vorsitzender

Nachruf auf Jutta Reiter und Gabriele Winterberg

Jutta Reiter

Der Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee e.V. trauert um Jutta Reiter, die am 23. Januar 2025 nach schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren verstorben ist. Die langjährige Dortmunder DGB-Vorsitzende und Geschäftsführerin der DGB-Region Dortmund-Hellweg war viele Jahre auch Mitglied des Fördervereins und unterstützte engagiert die vielfältigen Aktivitäten im Rahmen der wichtigen Erinnerungsarbeit und der Gedenkkultur in unserer Stadt. Wir haben mit ihrem zu frühen Tod eine aufrechte und engagierte Demokratin verloren, die furchtlos den



Kampf gegen den Rechtsextremismus und alle Angriffe auf die Menschenwürde geführt hat. Mit Leidenschaft und Entschlossenheit setzte sie sich in ihrem Leben und Werk in unserer Zivilgesellschaft für die Werte Vielfalt, Toleranz und Bewahrung der Demokratie ein. Das Zurückdrängen der Nazi-Szene in

Dortmund ist auch ihr Verdienst. Sie erhab immer klar und deutlich ihre Stimme, um auf die Gefahren für unsere Demokratie aufmerksam zu machen. Wir trauern um eine liebenswerte und menschlich hoch geschätzte Weggefährtin, die uns mit ihrer freundlichen und empathischen Art so viel gegeben hat. Wir werden Jutta Reiter in liebevoller und dankbarer Erinnerung behalten. Sie wird uns fehlen. Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt ihrer Familie.

Gabriele Winterberg

Gabriele Winterberg ist am 16. August 2025 im Alter von 75 Jahren in Stockelsdorf bei Lübeck verstorben. Sie war die Tochter des Edelweißpiraten Kurt Piehl (1928 - 2001), der ebenfalls in Stockelsdorf seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Kurt Piehl war wohl neben Rudi Grützner der bekannteste Dortmunder Edelweißpirat, der die Verfolgungen überlebt und sich auch getraut hat, seine Erfahrungen im Widerstand gegen die Nationalsozialisten durch Buchveröffentlichungen in der Nachkriegszeit bekannt zu machen.

Gabriele Winterberg war seit der Gründung des Fördervereins im Jahr 1997 förderndes Mitglied. Wir bedanken uns für ihre Verbundenheit in all den Jahren und werden sie - wie ihren Vater Kurt Piehl - in dankbarer Erinnerung behalten.

13. Dezember 2024: Jahresabschlusstreffen BierCafé West

Gezeigt wurden zwei Dokumentarfilme aus 1989 „Nordstadt unterm Hakenkreuz“ – eine Produktion der damaligen Videogruppe des SPD-Unterbezirkes mit den Zeitzeugen Rudi Grützner, Leo Meina und Helmut

Sonntag sowie den Film von Werner Groß „Naziterror in Dortmund“. Diese beiden Filme wurden seinerzeit im „Offenen Kanal“ ausgestrahlt.



Grußwort vom 15. Februar 2025

SLADO / CSD Demo der queeren Bewegung in Dortmund - gleichzeitig in 55 Städten bundesweit

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der
Kundgebung,

„Wähl die Liebe“ so lautet heute der Aufruf von SLADO und dem Team des CSD. „Wähl Demokratie und Vielfalt“, so möchte ich ergänzen. Im Namen des Arbeitskreis Dortmund gegen Rechtsextremismus und als Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee möchte ich heute unsere Solidarität bekunden.

Die Bedrohung der Rechte queerer Menschen stammt maßgeblich aus der Agitation rechtspopulistischer und rechtsextremer Kreise. Das ist die gleiche menschenfeindliche Haltung, die auch gegen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und anderer Minderheiten gerichtet wird.

Was wollen wir? Die Einhaltung der Menschenrechte für alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.

Was wollen wir? Mehr Gleichberechtigung und ein friedliches, tolerantes Miteinander.

Seit vielen Jahren erinnern wir am Antikriegstag an der Steinwache gemeinsam auch an die Opfer queerer Menschen, an ihre Verfolgung, Ermordung, an das große Leid, das der Nationalsozialismus auch hier so vielen Menschen zugefügt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine sehenswerte Ausstellung in der Steinwache hinweisen, zur Geschichte des § 175, zur gesellschaftlichen und politischen Ächtung sowie zur strafrechtlichen Verfolgung queerer Menschen. Diese Ausstellung ist auch eine Mahnung, die Rechte queerer Menschen nicht einzuschränken. Die Ausstellung ist in der Steinwache noch bis Mai zu sehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir haben die Verantwortung, die Lehren daraus zu ziehen und dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Die Gefahren liegen heute in den Programmatiken rechter Demagogen, die unverhohlen die erkämpften Rechte queerer Menschen wieder einschränken wollen. Die Gefahren liegen aber auch in der Gleichgültigkeit in unserer Gesellschaft, zuzulassen, dass Stigmatisierung und Intoleranz wachsen.

Wir haben am 23. Februar die Wahl, wir haben eine richtungsweisende Wahl, wie es in unserem Land weitergeht. Lassen wir Unterschiedlichkeit zu, geben wir allen Menschen die Chance für ein Leben in Würde und Freiheit. Und wählen wir alle Demagogen und Spalter nicht in unsere Parlamente.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, am 20. Februar - nächste Woche Donnerstag veranstalten wir vom AKS DO gegen Rechtsextremismus von 18 bis 20 Uhr nördlich von der Petrikirche an der Kampstraße eine Kundgebung für Demokratie und Vielfalt. Wir laden dazu herzlich alle ein, ein Licht mitzubringen und Zeichen zu setzen unter unserem Motto: Ein Lichermeer für Demokratie und Vielfalt.

Mit Zuversicht und Glückauf
Georg Deventer





Die weißen Schuhe erinnern an die 43.526 Paar Schuhe, die man in Auschwitz fand.

27. Januar 2025: Veranstaltungen zum Auschwitz-Gedenken

An dieser Stelle verweisen wir auf einen Artikel der Nordstadtblogger vom 22. Januar 2025, der die geplanten Veranstaltungen in Dortmund zusammenfasst:

Die Bandbreite in Dortmund reicht vom Vortrag bis zur Filmvorführung

Am 27. Januar 2025 jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 80. Mal. Der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts ist nicht nur eine Gelegenheit an die Gräueltaten des Nationalsozialismus zu erinnern, sondern auch ein Moment, in dem die Gesellschaft reflektieren sollte, wie Antisemitismus und Rassismus in der Gegenwart und Zukunft bekämpft werden können. Verschiedene Veranstaltungen in Dortmund bieten zahlreiche Möglichkeiten, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und gleichzeitig aktuelle Herausforderungen zu thematisieren.

Gedenkveranstaltung im Museum für Kunst und Kulturgeschichte

Die Stadt Dortmund lädt zu einer Gedenkveranstaltung unter dem Titel „80 Jahre nach Auschwitz: Zur Gewalt des Antisemitismus heute“ ins Museum für Kunst und Kulturgeschichte (Hansastraße 3) ein. Nach einer Begrüßung durch Oberbürgermeister Thomas Westphal wird Prof. Dr. Lars Rensmann, Politikwissenschaftler an der Universität Passau, einen Vortrag halten. Dieser wird sich mit der fortbestehenden Gewalt des Antisemitismus und der Verbreitung antisemitischer Inhalte in digitalen Medien befassen.

(Prof. Dr. Lars Rensmann ist ein international anerkannter Experte für Antisemitismusforschung).

„Dortmund Musik“

gestaltet das instrumentale Programm, die Moderation übernimmt Dr. Nassrin Sadeghi, Literatur- und Kulturwissenschaftlerin am Museum. Die Veranstaltung wird durch eine Kooperation mehrerer Institutionen ermöglicht, darunter die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und Auslandsgesellschaft.de.

Stadt-Pilger-Tour durch die Dortmunder Nordstadt

Ebenfalls am 27. Januar bietet die Stadt-Pilger-Tour durch die Dortmunder Nordstadt eine Gelegenheit, an historische Orte des Gedenkens zu erinnern. Die Tour führt an Stolpersteinen und Mahnmalen vorbei, die an Dortmunder:innen erinnern, die Opfer des nationalsozialistischen Regimes wurden.

Die Teilnehmenden erfahren auch von den mutigen Menschen, die sich dem Regime widersetzten und für ihre Überzeugungen kämpften.

Haare und Koffer der früheren Häftlinge sind heute noch im KZ Auschwitz-Birkenau zu sehen.



Selektion von Neuankömmlingen aus Ungarn an der sog. Judenrampe.
Quelle: Wikipedia



Bündnis Dortmund gegen Rechts: Veranstaltung zum Auschwitz-Gedenktag

Das Bündnis Dortmund gegen Rechts veranstaltet ebenfalls eine Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2025. Im Fokus steht das Thema Antisemitismus und es wird die Bedeutung des Gedenkens an den Holocaust in einer offenen Diskussion behandelt.

Preview zum Auschwitz-Gedenktag: Das kostbarste aller Güter

Zum Gedenktag zeigt das sweetSixteen Kino eine besondere Preview des Films: Das Kostbarste aller Güter (Frankreich/Deutschland/Belgien, 2024). Der Film von

Regisseur Michel Hazanavicius basiert auf dem Bestseller des französischen Autors Jean-Claude Grumberg und erzählt die Geschichte eines Kindes, das während des Holocausts in einer verzweifelten Handlung aus einem Todeszug geworfen wird.

Die Kinder von Auschwitz



Alwin Meyer bei seinem bewegenden
bebilderten Vortrag im Reinoldisaal.

Die vor 80 Jahren aus dem KZ
Befreiten kannten die Vorstufen
des Todes oft besser als das Leben.
Die Geschichte von Kola, Ewa,
ihren Rettern und zweiten Eltern.



Berichte zum Karfreitagsgedenken

Internationaler Friedhof

Wie in jedem Jahr fand am Vormittag des Karfreitags eine Gedenkveranstaltung auf dem Internationalen Friedhof statt. Veranstalter waren der Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergpark-Komitee e.V., Ar.kod.M. e.V., VVN / BDA und SPD im Stadtbezirk Brackel.



Mahnmal Bittermark

14:45 Uhr

Kryptagang: Bürgermeister Norbert Schilff und Ehrengäste



15:00 Uhr

Offizieller Beginn der Gedenkveranstaltung

Musik: Posaunenchöre Dortmund

Anmoderation: Friedhelm Evermann, Sonderbeauftragter der Stadt Dortmund - Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Schweigeminute

Ansprache: Bürgermeister Norbert Schilff

Redebeitrag: Madame Nicole Godard, Präsidentin des Verbandes der französischen Zwangs- und Arbeitsdeportierten

Musik: Kinderchor der Chorakademie

Redebeitrag: Geord Deventer, Vorsitzender des Fördervereins der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

Redebeitrag: Vertreter:innen der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund

Redebeitrag von Auszubildenden der Friedhöfe Dortmund

Gedenkaktion an den Reihengräbern eingeleitet von Friedhelm Evermann, musikalisch begleitet vom Kinderchor der Chorakademie

Blumenniederlegung an den Grabreihen, musikalisch begleitet durch die Posaunenchöre Dortmund

16.30 Uhr

Veranstaltungsende



Bildreihe vom Internationalen Friedhof

Karfreitagsgedenken am Mahnmal Bittermark

Rede des Vorsitzenden des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergparkkomitee e.V., Georg Deventer

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Norbert Schilff, Cher Madame Godard, lieber Friedhelm Evermann, liebe Gäste aus dem In- und Ausland, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wir gedenken heute der bis zu 280 Menschen, die in den letzten Kriegswochen in etwa 20 Mordaktionen ab Ende Februar bis zum 12. April 1945 - also nun vor 80 Jahren - auf grausame Weise ermordet wurden: auf einem Eisenbahngelände zwischen Hörde und Berghofen, im Rombergpark und hier in den Wäldern der Bittermark. Die Männer und Frauen wurden aus dem Hörder Gestapokeller und der Steinwache verschleppt, um sie anschließend hinzurichten.

Der überwiegende Teil von ihnen waren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wie auch Kriegsgefangene aus der damaligen Sowjetunion, aus Polen, Frankreich, Jugoslawien, Belgien und den Niederlanden. Aber auch deutsche Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer und jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger waren unter ihnen.

Die genaue Zahl der Ermordeten ist nicht bekannt. Sind es 230, sind es fast 300 Opfer? Eine Liste mit den Opfern im Rombergpark und Bittermark umfasst auch nur 112 Namen. So eine Namensliste aus dem Buch von Lore Junge aus dem Jahr 1999. Die zahlenmäßig

GEMEINSAM GEDENKEN

AN DIE OPFER DER NAZI-MASSENMORDE 1945



AM MAHNMAL BITTERMARK
KARFREITAG • 18. APRIL 2025 • 15.00 UHR

größte Gruppe der Ermordeten waren Menschen aus der Sowjetunion. Sie waren nach dem Überfall 1941 aus den besetzten Gebieten Ukraine, Weißrussland und dem westlichen Teil Russlands zur Zwangsarbeit ins Ruhrgebiet verschleppt worden.

Erstmals wird heute auf zwei Bannern mit 60 Namen von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern hingewiesen, die in der Zeit vom 27. März bis zum 11. April 1945 mit dem Gestapovermerk „entlassen“ vermutlich zu den Ermordeten im Rombergpark und Bittermark gezählt werden müssen. Sie sollten spurlos verschwinden, ihre Namen vergessen werden und jegliche Erinnerung an sie und ihr Schicksal sollte ausgelöscht werden.

Die Recherchen hierfür kamen vom historischen Verein für russische Kriegsopferdaten, von Ar.kod.M.

Obwohl diese Ereignisse inzwischen 80 Jahre zurückliegen, haben sie nichts von ihrem Schrecken verloren. Noch immer machen uns die menschenverachtenden Taten fassungslos. Denn der Krieg, der in Dortmund mit dem Einmarsch der Amerikaner am 13. April 1945 offiziell endete, galt für Deutschland zu diesem Zeitpunkt bereits als verloren. Nur ganz fanatische Anhänger des Hitler-Regimes glaubten noch an einen Sieg Deutschlands. Umso erschreckender sind die Gewalt und Brutalität, mit denen die Nazischeren die Morde kurz vor der Befreiung der Stadt begangen haben.



Leider wurde keiner der damaligen Täter wegen Mordes oder Beihilfe zum Mord verurteilt. Sie wurden überwiegend freigesprochen. Das war 1952 ein Schlag ins Gesicht der Opfer und ihrer Angehörigen. Es ist heute noch beschämend.

Die Erinnerung darf nicht verblassen. Das Ehrenmal, vor dem wir stehen, wurde 1960 offiziell eingeweiht. Zuvor gab es in Dortmund schon auf Initiative der VVN hin auf dem Hansaplatz, im Rombergpark, hier auf der ehemaligen Spielwiese in der Bittermark und auf dem evangelischen und katholischen Friedhof in Hörde Gedenkveranstaltungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
heute genau vor 80 Jahren war das heutige NRW befreit. Am 8. Mai war dann endgültig die Naziherrschaft vorbei. Auch wenn eine wirkliche „Ent-Nazifizierung“ in der Bundesrepublik letzten Endes nicht stattgefunden hat, so galt doch bis ins neue Jahrtausend hinein der Leitgedanke ‚Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus‘ in der öffentlichen Debatte weitgehend als Konsens. Das hat sich in den letzten Jahren mit dem Aufstieg der AfD dramatisch verändert.

In den Aussagen der rechtspopulistischen Parteien zur „Deutschen Leitkultur“ wird erkennbar, dass diese Parteien an den Nationalsozialismus anschließen wollen, wenn zum Beispiel wieder ausschließlich das Abstammungsprinzip für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft gelten soll.

Möchten wir in einem Land leben, in dem der Geist des Dritten Reiches unser Zusammenleben bestimmt, von einer Partei, die die Sichtweisen von Putin, Trump und anderer Autokraten teilt?

Wir können nur davor warnen, dass die extrem Rechten weiter erstarken und sich bundesweit und europaweit vernetzen.

Es ist dringend geboten, dem entgegen zu treten. Es wäre wünschenswert und darf keine Utopie bleiben, dass sich viele Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenfinden, um die eigenen Kräfte zu bündeln, für eine neue Friedensbewegung, für ein antifaschistisches Europa. Wir sind keine Spinner und haben auch noch alle Tassen im Schrank.

Für Antifaschisten aller Generationen bringt dieses Jahr - 80 Jahre nach der Befreiung 1945 - große Herausforderungen mit sich. Wir wehren uns gegen die Versuche, die Erinnerung aus politischen Gründen zu verdrängen und zu verfälschen.

Es ist ein Unding, das Gedenken an die 27 Millionen sowjetischen Opfer wegen des russischen Angriffes auf die Ukraine heute zu relativieren. Es ist ein Unding, hinsichtlich unserer Gedenk- und Erinnerungskultur einen Schlussstrich einzufordern. So forderte jüngst der Oberbürgermeisterkandidat der AfD in Dortmund ein Ende der ewigen Schuldskultur und dass unser Volk nicht mehr gefühlte 80 mal im Jahr auf 80 Jahre zurückblicken sollte.

Die AfD ist gefährlicher denn je. Und im Bundestag sitzen die Verfassungsfeinde im Schutz des Hohen Hauses und genießen die dortigen Privilegien. Sie sind zwar demokratisch gewählt, aber selbst nicht demokratisch. Sie nutzen die Demokratie, um sie auszuhöhlen und ihr maximal zu schaden. So fordert zu Recht der Kolumnist der Süddeutschen Zeitung Heribert Prantl jüngst einen Verbotsantrag ernsthaft zu prüfen und dann auch ent-



schieden zu stellen. Wenn die Demokraten sich jetzt nicht einsetzen, machen sie sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
es gibt nur noch wenige Zeitzeugen und wir, die Zweitzeugen bzw. die Nachkriegsgeneration sind nun auch schon in die Jahre gekommen. Ein Generationswechsel steht erneut bevor. Wir erwarten seitens der Politik, dass die Mittel zur politischen Bildung und zur Vermittlung von Geschichtsbildung der heutigen jungen Generation nicht gekürzt werden. Sie müssen eher umfassender angeboten werden, damit die mittlerweile großen Defizite bei der Geschichtsbildung abgebaut werden. Das gilt für die heutigen Schülerinnen und Schüler, bei den jungen Erwachsenen, insbesonders aber auch bei den Heranwachsenden mit Migrationshintergrund.

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich möchte nochmals auf das Große und Ganze zu sprechen kommen. Die imperialen Hauptmächte unternehmen heute leider keine Schritte, um die Kriege zu beenden. Über 360 Kriege und bewaffnete Konflikte weltweit. Und immer wieder stehen wirtschaftliche Interessen, die Gewinnung von Rohstoffen und religiöse Wahnideen über den Interessen der Menschen. Wenn von Werten gesprochen wird, meint man wohl wirtschaftliche Vorteile und die Ausbeutung der Bodenschätze anderer Länder. Abrüstung und Entspannung, der Grundkonsens in Politik und Gesellschaft, sind wohl abhanden gekommen.

Krieg, Verwüstung, Verfolgung, Hunger und Not treiben Millionen Verzweifelte in die Flucht. Doch Deutschland und Europa reagieren mit einem Überbietungswettbewerb der Abschreckung und Abschottung gegen

Menschen in Not. Das beschämt uns ebenso wie die Forderungen nach schneller Abschiebung in kriegszerstörte Herkunftsländer ohne garantieerte Menschenrechte.

Auch 80 Jahre nach Ende des II. Weltkrieges gilt: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Rechte Ideologien fördern Feindbilder, Konfrontation und Krieg. Im Inneren schüren sie Hass und Gewalt. Deshalb müssen wir den menschenfeindlichen Umläufen der AfD, der NPD-Partei Die Heimat, den Rechten, den Identitären und Reichsbürgern entgegentreten.

Wirtschafts- und Regierungskrisen, Krieg in Europa, Klimakrise, Millionen Menschen auf der Flucht. Und im Land die Sorge, in eine persönliche prekäre wirtschaftliche Lage zu geraten oder die Sorge vor Altersarmut oder vor einer instabilen inneren Sicherheit. Es gibt wohl Anlass genug, pessimistisch zu sein. Der Wandel bringt Ängste mit sich.

So gehen immer mehr Menschen den Parolen der Rechtspopulisten und Rechten auf den Leim.

Und hier ist auch der Nährboden, dass sich wie in Dortmund die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten verdoppelt hat. So berichtete jüngst der Dortmunder Polizeipräsident, dass insbesondere Straftaten zu Propaganda und Volksverhetzung zugenommen haben. Die Zunahme der Straftaten ist nicht der organisierten rechtsextremen Szene in Dorstfeld zuzuordnen, sondern erstreckt sich auf die gesamte Breite unserer Gesellschaft.

Mit Sorge beobachtet Gregor Lange eine Entgrenzung in unserer Gesellschaft und dass in einem aufgeheizten Klima die demokratische Mitte löchriger geworden sei.





Rede von Bürgermeister Norbert Schilff am Mahnmal Bittermark

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Godard, sehr geehrter Herr Bürgermeister Jardé, liebe Gäste aus dem In- und Ausland, sehr geehrter Herr Deventer, sehr geehrter Herr Evermann,

heute versammeln wir uns wieder hier in der Bittermark, an dem Ort, der uns mahnt – ein Ort, an dem vor genau 80 Jahren eines der grausamsten Verbrechen der Dortmunder Geschichte geschah. In der Bittermark und im Rombergpark wurden etwa 230 Menschen, vermutlich mehr, von der Gestapo ermordet, darunter ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und politische Häftlinge. Menschen, die nicht in das menschenverachtende Weltbild des Nationalsozialismus passten. Seit vielen Jahrzehnten ist das Karfreitagsgedenken fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt. Und als Bürgermeister dieser Stadt ist es mir eine Ehre, heute erneut zu Ihnen zu sprechen. Aber es ist auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung, die Erinnerung wachzuhalten, eine Verpflichtung, aus der Geschichte zu lernen, und eine Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass sich so etwas niemals wiederholt.

80 Jahre sind vergangen, seit der Zweite Weltkrieg zu Ende ging. Acht Jahrzehnte, in denen Deutschland und Europa eine demokratische und friedliche Ordnung aufgebaut haben. Eine Ordnung, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte steht. Doch heute, hier und jetzt, müssen wir feststellen: Diese Errungenschaften sind erheblich bedroht.

Während wir heute den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedenken, sehen wir mit Entsetzen, dass rechtsextreme, autoritäre und demokratiefeindliche Kräfte wieder erstarken – in Deutschland, in Europa und in der Welt. Wir erleben eine Zeit, in der rechtsextreme Parteien in immer mehr Ländern an Einfluss gewinnen. Von denen, die unser Land spalten und die Geschichte verdrehen wollen, wird die Demokratie in Deutschland angegriffen.

In Europa sehen wir, dass nationalistische Kräfte an Boden gewinnen – Kräfte, die die Werte der Europäischen Union und somit auch unsere humanitären Werte untergraben, die Hass und Ausgrenzung propagieren. Und in Übersee? Dort kam mit Donald Trump ein Mann zurück an die Macht, der Demokratie mit Füßen tritt, der mit Autokraten sympathisiert und der das Weltgeschehen nach seinen eigenen egoistischen Interessen und den Interessen einer elitären Klasse zu formen versucht. Das darf uns nicht kaltlassen. Das ist kein Problem anderer Länder. Es betrifft uns alle! Wir wissen aus unserer Geschichte: Demokratie ist nichts Selbstverständliches.

Unseren gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und einer hartnäckigen polizeilichen Präsenz und Strafverfolgung in den letzten zehn Jahren ist es zu verdanken, dass der organisierte Rechtsextremismus in Dortmund gescheitert ist. Trotz dieser Erfolge ist jedoch eine hohe Wachsamkeit gefordert.

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt eine Kraft der Hoffnung und Zuversicht. 80 % haben bei der Bundestagswahl nicht der AfD ihre Stimme gegeben. Wir müssen das Neue annehmen, solidarisch anpacken, nicht resignieren und nicht die Schuld bei den anderen suchen. Verantwortung müssen wir selbst übernehmen. Und dass sich die Geschichte nicht wiederholt, dafür sind wir alle, eine jede, ein jeder, der auch heute an dieser Gedenkveranstaltung teilnimmt, persönlich mit verantwortlich.

Heute an Karfreitag erinnern wir an die vielen Opfer der mörderischen Kriegsendverbrechen vor 80 Jahren. Viele von Ihnen, von Euch kommen schon seit vielen Jahren an den Karfreitagen zu diesem Mahnmal.

Sie alle bezeugen durch Ihre Anwesenheit das Eintreten gegen das Vergessen und Ihre Empathie zu den Opfern, getreu dem Motto der Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung „Zukunft braucht Erinnerung“. Und wie ich im letzten Jahr schon bat: Bringen Sie nächstes Jahr wieder jemanden mit, der vielleicht erstmals den Weg der Erinnerung zu diesem Mahnmal findet.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Sie kann auseinanderbrechen, wenn wir nicht wachsam bleiben. Sie kann zerbrechen, wenn wir nicht für sie kämpfen. Und sie kann in Hass und Gewalt umschlagen, wenn wir zulassen, dass Hetze und Lügen die Oberhand gewinnen. Die Bittermark ist nicht nur eine Gedenkstätte, sie ist ein Mahnmal. Sie erinnert uns daran, wohin es führt, wenn Menschenrechte nichts mehr zählen, wenn Andersdenkende verfolgt werden, wenn eine Gesellschaft wegschaut, anstatt zu handeln.

Die Männer, die hier in den letzten Tagen des Krieges hingerichtet wurden – Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Widerstandskämpfer – sie wurden nicht vergessen. Und sie dürfen niemals vergessen werden. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir in diesem Jahr, anlässlich des 80. Jahrestages des Kriegsendes, eine besondere Geste des Gedenkens zeigen: Heute werden 200 Menschen hier stehen und Bilder der wenigen persönlichen Gegenstände halten, die bei den Ermordeten gefunden wurden. Es sind die einzigen Spuren, die von ihnen geblieben sind. Aber sie erzählen ihre Geschichte. Sie geben den Opfern wieder ein Gesicht. Das ist ein starkes Symbol. Ein Symbol gegen das Vergessen. Wir erleben derzeit eine gefährliche Entwicklung: Antisemitismus nimmt zu, Angriffe auf jüdisches Leben in Deutschland haben sich vervielfacht. Minderheiten werden zunehmend diskriminiert. Die Hetze gegen Andersdenkende ist in den sozialen Medien allgegenwärtig. Und auch unsere Gedenkkultur ist davon betroffen. Gedenkstätten wie diese wurden geschändet, Stolpersteine herausgerissen, Denkmäler beschmiert. Das zeigt uns: Wer die Vergangenheit auslöschen will, der bereitet den Boden für neue Verbrechen. Ich sage es ganz klar: Das dürfen wir nicht zulassen! Es reicht nicht, nur zu erinnern. Wir müssen aus der Erinnerung heraus handeln. Das bedeutet, dass wir uns gegen diejenigen stellen, die Hass und Hetze verbreiten. Dass wir uns für eine Gesellschaft einsetzen, in der Vielfalt und Respekt die Grundlagen unseres Zusammenlebens sind. Dass wir laut und deutlich sagen: Nie wieder ist jetzt! Auch heute, im Jahr 2025, erleben wir erneut, wie Gewalt und Hass das Leben Unschuldiger vernichten.

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 erleben wir jetzt wie in Gaza täglich Menschen sterben, darunter Hunderte Kinder, während humanitäre Hilfe kaum noch durchkommt. Die Hamas verschanzt sich hinter zivilen Institutionen und benutzt die Bevölkerung des Gazastreifens bewusst als menschliche Schutzschilder. Familien suchen Schutz in Trümmern, Kinder hungern und sterben – mitten im 21. Jahrhundert. Gerade auch in Israel herrschen Angst, Trauer und Wut. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Eskalation zur Gewohnheit wird. Krieg darf nie als Lösung hingenommen werden – nicht in Europa, nicht im

Nahen Osten, nirgendwo. Die Vereinten Nationen fordern eine neue Waffenruhe und wir schließen uns diesem Aufruf an: Für den Schutz der Zivilbevölkerung, für das Recht auf Leben, für Menschlichkeit.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt uns ebenfalls täglich, wie brüchig Frieden sein kann, selbst in Europa. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Familien auseinandergerissen, Städte zerstört. Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine, für Freiheit, für Selbstbestimmung und für das Völkerrecht. Gerade jetzt erkennen wir, wie wenig Putin wirklich ein Ende der Gewalt möchte. Besonders dankbar bin ich den vielen jungen Menschen, die Jahr für Jahr an diesem Ort mitwirken, sich einbringen, zuhören und mitgestalten. Ihr Engagement zeigt uns: Das Gedenken ist lebendig. Und es wird von einer Generation getragen, die die Verantwortung annimmt. Ich danke auch unseren Freundinnen und Freunden aus unseren Partnerstädten und aus der internationalen Gedenkbewegung. Ihre Präsenz hier zeigt: Erinnern kennt keine Grenzen. Versöhnung beginnt mit dem gemeinsamen Gedenken. Unsere Verantwortung endet nicht bei der Erinnerung. Sie beginnt dort. Wer aus der Geschichte lernt, der weiß: Frieden braucht mehr als Worte. Er braucht Gerechtigkeit, Teilhabe, Sicherheit – auch angesichts neuer globaler Herausforderungen wie der Klimakrise.

Ich rufe alle Bürgerinnen und Bürger auf: Lassen Sie uns gemeinsam unsere Demokratie verteidigen. Lassen Sie uns niemals schweigen, wenn Unrecht geschieht. Lassen Sie uns solidarisch mit denen sein, die angegriffen werden – sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer politischen Überzeugung. Demokratie braucht Menschen, die für sie einstehen. Sie braucht Zivilcourage. Sie braucht klare Haltung. Dortmund ist eine Stadt, die sich ihrer Geschichte stellt. Eine Stadt, die für Vielfalt und Zusammenhalt steht. Eine Stadt, die zeigt: Wir lassen uns nicht spalten. Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass Orte wie die Bittermark nicht nur Orte der Erinnerung sind, sondern Orte der Mahnung. Wir müssen das Gedenken lebendig halten. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen. Denn nur wenn wir uns erinnern, wenn wir wachsam bleiben und wenn wir uns gegen Hass und Hetze stellen, können wir sicherstellen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. „Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon.“ Diese Worte stammen von Max Mannheimer. Er überlebte die Konzentrationslager Theresienstadt, Auschwitz, Warschau, Dachau sowie die Außenlager Karlsfeld und Mühldorf. Seine Frau, seine Eltern, seine Brüder Erich und Ernst sowie seine Schwester Käthe wurden von den Nationalsozialisten ermordet! Bewahren wir, was Generationen vor uns unter großen Opfern errungen haben, für unsere Kinder, für unsere Stadt, für ein friedliches

Europa. Es liegt an uns, die Werte von Freiheit und Gerechtigkeit zu verteidigen. Lassen Sie uns damit anfangen. Jetzt und sofort!

Redebeitrag der Mahn- und Gedenkstätte für die Gedenkveranstaltung in der Bittermark, Carmen Hause - Stadtarchiv, in der Bittermark

Sehr geehrte Damen und Herren,
in den letzten Kriegswochen erschoss die Gestapo im Rombergpark und in der Bittermark nach aktuellem Forschungsstand 228 Menschen. 194 dieser Personen wurden im hinteren Bereich des Mahnmals in drei Reihengräbern bestattet. Die sterblichen Überreste eines weiteren Opfers, vermutlich eines Franzosen, wurden einige Jahre später hier in der Krypta beigesetzt. Nur von einigen der Toten sind die Namen bekannt. Der größte Teil wurde anonym bestattet. Unter ihnen sind politisch Verfolgte und auch zwei Essener Jüdinnen. Der größte Teil der Opfer waren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

An die 13 Millionen Menschen wurden aus den besetzten Gebieten in das Deutsche Reich verschleppt und in den Betrieben, in der Landwirtschaft, im Bergbau und anderen Bereichen rücksichtslos ausgebeutet. Ihre Arbeitskraft galt als Kriegsbeute. Die meisten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hier in Dortmund kamen aus der Ukraine. Einige Hundert ukrainische NS-Verfolgten leben noch heute. Sie sind mittlerweile hochbetagt und leiden sehr unter den Folgen des russischen Angriffskrieges.

Um sie zu unterstützen, ist die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache seit März 2022 Teil des Hilfsnetzwerks für NS-Überlebende in der Ukraine. Das Netzwerk besteht aus 47 Organisationen – Gedenkstätten, Stiftungen und zivilgesellschaftliche Erinnerungsinitiativen, die Spenden einwerben, um die NS-Verfolgten mit lebensnotwendigen Gütern zu versorgen.

Einer dieser Menschen ist der 87jährige Petro Petrovich Bulavinets aus Dubno. Vor einigen Monaten schrieb er einen Brief an das Hilfsnetzwerk. Darin heißt es:
„Die Geschichte von Ländern besteht aus tausenden Geschichten von Menschen. Wir können uns die Zeit und das Land, in dem wir leben, nicht aussuchen, genauso wenig wie die Umstände, die uns umgeben. Was wir tun können, ist, die besten menschlichen Eigenschaften zu zeigen: Menschlichkeit und Mitgefühl. Besonders schmerzlich spüren wir das jetzt, wenn täglich die Sirenen des Luftalarms ertönen und Drohnen und Raketen über unsere Köpfe fliegen. Meine Gedanken kehren sofort in das ferne Jahr 1944 zurück.

Im Jahr 1944, als ich zusammen mit meiner Mutter und meinem kleinen Bruder zwangsweise nach Deutschland deportiert wurde, war ich sieben Jahre alt. An jenem Morgen war es ungewöhnlich laut, und von der Straße hörte man Schreie: ‚Schneller, schneller!‘ Die Schäferhunde bellten laut. Meine Mutter, mit meinem kleinen Bruder und einem kleinen Bündel, ging auf die Straße. Als wir nach Deutschland gebracht wurden, war mein Vater auf der Arbeit (...), ich habe nie wieder etwas von ihm gehört.

Ich hielt mich an dem Rock meiner Mutter fest. (...) Es gab keine Möglichkeit zur Flucht. Wir waren von Soldaten mit Maschinengewehren und Hunden umzingelt. Nacheinander fuhren Lastwagen vor, und die Menschen wurden hineingeladen. Wir fuhren stehend, es gab keine Möglichkeit, sich hinzusetzen. Danach (...) wurden (wir) in einen Güterwagen verladen, in dem bereits viele Menschen waren. Mein kleiner Bruder Iwan weinte nicht, denn meine Mutter stille ihn.

Ich verstand schnell, dass ich, um nicht verloren zu gehen, an dem Rock meiner Mutter festhalten musste. Alle fuhren verängstigt, wir wussten nicht, wohin. Schließlich war die Endstation erreicht – Berlin. Zum Lager mussten wir zu Fuß gehen, und es war ein sehr weiter Weg. Während wir gingen, holte uns ein Lastwagen ein, und die Soldaten boten den Müttern an, ihre Kinder auf den Wagen zu setzen. Sie sagten, sie würden in dasselbe Lager fahren, wohin auch wir gebracht wurden. Viele gaben ihre Kinder ab, aber sie sahen sie nie wieder. Sie litten schrecklich unter ihrem Verlust und weinten ständig. Unsere Mutter gab uns, meinen Bruder und mich, nicht ab (...).

Nach den Erzählungen meiner Mutter glaube ich, dass wir nach „Ravensbrück“ gebracht wurden (...). Das Jahr im Lager war schrecklich und grausam, aber wir warteten und hofften auf unsere Befreiung. Wir blieben im Lager, die älteren Kinder passten auf die jüngeren auf, während unsere Mutter zur Arbeit gebracht wurde. Eine Frau aus Polen war unsere Erzieherin, die uns gnadenlos mit einer Peitsche schlug. Es war sehr schwierig, im Lager zu kommunizieren, da es viele Frauen mit Kindern aus verschiedenen Ländern Europas gab. Meine Mutter sprach nur ungern über diese schrecklichen Jahre (...).

Heute bin ich 87 Jahre alt und erlebe erneut einen Krieg. Auch wenn die Frontlinie weit entfernt ist, gibt es jeden Tag Alarm und Raketenangriffe auf die Stadt, Zerstörung. Nachdem unser Energiesystem getroffen wurde, ist es sehr schwierig mit der Stromversorgung, es gibt ständige Ausfälle. Ich fühle mich aufgrund der ständigen Sorgen schlecht, da wir Angst haben, dass der Feind tiefer ins Land vordringen könnte, weil er Tod, Zerstörung und Leid bringt (...).

Ich bin (dem Hilfsnetzwerk) und dem gesamten deutschen Volk sehr dankbar für die Unterstützung in dieser schweren Zeit. Ihr Beitrag ist von unschätzbarem Wert. Vielen Dank für die finanzielle Unterstützung, die Medikamente. Ich danke Ihnen für Ihre Hilfe und Ihr Verständnis.

Mit besten Wünschen an Sie und möge über Ihnen immer ein friedlicher Himmel sein, damit Sie nie solch ein Leid erleben müssen, wie wir es jetzt durchmachen, Petro Petrovich Bulavinets

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Gedenken in Lünen am Karfreitag 2025 **Katrin Rieckermann - Redebeitrag in Lünen-Süd**

Sehr geehrte Anwesende,
mein Name ist Katrin Rieckermann. Ich spreche hier für
den Förderverein Steinwache - Internationales Rom-
bergparkkomitee.

In den letzten Kriegstagen 1945 wurden die sechs Lünenner Kommunisten Josef Berg, Jakob Bink, August Dombrowski, Bernhard Höltmann, Johann König und Josef Kriska brutal von den Nationalsozialisten getötet. Offiziell galt Lünen bereits am 11. April 1945 offiziell als befreit. Dennoch wurden vom 7. März bis 12. April 1945 auf einer Waldlichtung in der Bittermark, im Rombergpark und auf dem Eisenbahngelände zwischen Hörde und Berghofen etwa 300 Menschen ermordet, zu denen auch die sechs Lünenner Männer gehörten. Am 13. April 1945 wurde dann Dortmund von den amerikanischen Truppen befreit.

Am 19. April 1945 wurde mit der Exhumierung der Leichen in der Bittermark begonnen. Bei den Getöteten

handelte es sich um Zwangsarbeiter aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Jugoslawien, Polen und der Sowjetunion und deutsche Widerstandskämpfer, die aus dem Hölder Gestapokeller und der Steinwache in den Rombergpark und in die Bittermark verschleppt worden waren und dort ums Leben kamen.

Nach Jahren des Widerstandes, der Haft und Verfolgung, der durchlittenen Zeit in verschiedenen Konzentrationslagern konnten sie das Ende des Faschismus nicht mehr erleben.

Nun stehen wir heute hier und gedenken ihrer Tapferkeit und ihres Widerstands. Aus heutiger Sicht kann nicht hoch genug geschätzt werden, was es hieß, nicht mitzumachen in einer Gesellschaft, die die Menschenrechte mit Füßen trat, die politische Gegnerinnen und Gegner mundtot machte, verhaftete, ausschaltete, die gegen all diejenigen vorging, die nicht in das Bild der heilen Volksgemeinschaft passten und sich der Kriegs- und Vernichtungspolitik der Nazis entgegenstellten. Ihnen gebühren unser Respekt und unsere Hochachtung.

In der Gegenwart sind wir besonders herausgefordert, für demokratische Werte und für eine pluralistische, vielfältige Gesellschaft einzutreten. Das geschieht in Lünen in vielen Ansätzen:

In unserer Stadt kam es im vergangenen Jahr zu einer großen Demonstration gegen die Politik der AfD und gegen Versuche der CDU/CSU, sich den Rechten anzunähern. Viele Menschen waren in Lünen auf der Straße und zeigten Haltung gegen diejenigen, die sich selbst unter anderem „das freundliche Gesicht des Nationalsozialismus“ nennen – und die offiziell als Faschisten bezeichnet werden dürfen.

Hervorzuheben ist darüber hinaus, dass die „Omas (und Opas) gegen Rechts“ sich im Vorfeld der Bundestagswahl wöchentlich versammelten, um auf friedliche Weise gegen die Rechtsextremen Flagge zu zeigen und vor der rechten Gefahr zu warnen. Unterstützung bekamen sie von jungen Menschen, die die Blauen mit ihrem Rassismus und ihrem Neoliberalismus ebenfalls ablehnen.

Ich konnte mich selbst davon überzeugen, dass diese Veranstaltungen nicht auf Abgrenzung angelegt waren, sondern auf Dialog. Es ging darum, Menschen mit Sympathien für die AfD im Vorfeld der Wahl nicht zu verurteilen, sondern sie über den Charakter dieser Partei aufzuklären und dafür zu werben, eine Wahlentscheidung noch einmal zu überdenken. Wie die Wahl letztendlich ausgegangen ist, ist uns allen bekannt.

Es verwundert auch kaum, dass – angesichts der großen Wahlerfolge der Rechten – auf übergeordneter Ebene neuerliche Versuche gemacht werden, sich ihnen anzudienen und eine Kooperation mit ihnen zu enttabuisieren. Dies hat bekanntlich zuletzt Jens Spahn versucht.



Dies ist eine brandgefährliche Entwicklung, da die Gefahr, die von den Rechten ausgeht, bagatellisiert und als zu vernachlässigende Größe betrachtet wird.

Die rechten Stichwortgeber in den Parlamenten und die Rechtsextremen auf der Straße befruchten und pushen sich gegenseitig.

Wenig überraschend ist, dass der aktuelle Verfassungsschutzbericht für NRW ein Anwachsen der rechtsextremistisch motivierten Kriminalität um 60 Prozent feststellt. Die Nazis werden immer jünger und damit auch digitaler. Ihre Organisationen nutzen vermehrt und professionell die sozialen Medien, um junge Menschen anzusprechen.

Auch in Lünen sind rechtsextreme Straftaten angestiegen, auf niedrigem Niveau hat sich ihre Zahl verdoppelt. Tatbestände waren das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung.

Beispielhaft möchte ich einige weitere Vorfälle in unserer Stadt nennen:

- Seit der Corona-Pandemie treffen sich die so genannten Querdenker jeden Montag Abend am Pavillon auf dem Alten Markt. Sie teilen neben allerlei Geschwurbel rechtes Gedankengut und verbreiten es weiter in der Öffentlichkeit.
- Im November 2024 wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November das Mahnmal an der Lippebrücke mit Hakenkreuzen geschändet, Hakenkreuze wurden in dieser Nacht auch in der Innenstadt verbreitet. Da die Polizei erst ermitteln musste, blieben diese tagelang sichtbar.
- Im vergangenen Jahr wurde an das VHS-Gebäude an der KKG der Schriftzug „Juden vergasen“ geschmiert.
- Bekannte Dorstfelder Neonazis ließen sich in der letzten Zeit häufiger in Lünen sehen. Sie versuchten, durch ihre Präsenz Kundgebungen gegen Rechts (wie zum Beispiel die Omas und Opas gegen Rechts) einzuschüchtern. Aktuell zeigen sie sich vermehrt in Brambauer.
- Die Stolpersteine für Isidor und Henriette Stiefel und Anna Schutz an der Borker Straße wurden aus dem Pflaster gebrochen und gestohlen.
- An der Zwolle-Allee wurden viele Aufkleber mit der Schwarzen Sonne geklebt.
- Junge Menschen, die nach ihrem Äußeren der linken Szene zuzuordnen waren, wurden Ende März 2025 in Lünen von zwei Neonazis angepöbelt, beleidigt und provoziert.
- Am 26. März diesen Jahres kam es erneut zu einer Schändung des Mahnmals an der Lippebrücke, diesmal mit dem Schriftzug „No Israel“ und einem durchgestrichenen Davidstern.

Diese Vorfälle sind keine Kavaliersdelikte. Es handelt sich um strafbare Handlungen, die geahndet werden müssen. Einer wachsamen Zivilgesellschaft und Menschen mit Courage verdanken wir, dass die Vorfälle aitkenkundig werden. Stolz können wir auf diejenigen sein, die sich den Rechten in den Weg stellen und ihnen auf verschiedenen Ebenen Gegenwehr leisten. Wir selbst sind ebenfalls gefordert, uns einzumischen. Im Freundeskreis, in der Kneipe, im Verein, bei der Arbeit erleben wir, dass menschenverachtende oder rassistische Sprüche fallen, dass Andere abgewertet und beleidigt werden.

Aus den Medien erfahren wir von Versuchen, auf übergeordneter Ebene Hass und Hetze hoffähig zu machen. Nur einige Beispiele sind Musks Hitlergruß, Merz' Narrative von „kleinen Paschas“ (bezogen auf arabischstämmige Jugendliche) oder „Sozialtouristen“ (er bezog sich auf ukrainische Geflüchtete). Diese sickern nach unten durch und finden ihren Widerhall von Stammtischen bis hin zu Gewalt.

Den Opfern der Karfreitagsmorde in Lünen und Dortmund schulden wir, uns zu positionieren. Wir selbst müssen aktiv werden. Darüber hinaus gilt es, die Kräfte in unserer Stadt, die sich gegen die Rechten stellen, zu ermutigen, zu bestätigen und zu stärken, seien es Omas und Opas oder junge Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Erich Kästner sagte: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat.“

Das ist die Lehre, das ist das Fazit dessen, was uns 1933 widerfuhr. Das ist der Schluss, den wir aus unseren Erfahrungen ziehen müssen, und es ist der Schluss meiner Rede. Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben.“
(Erich Kästner: Über das Verbrennen von Büchern)

Herzlichen Dank.



**Gedenken in Lippstadt -
Rede von Bürgermeister Norbert Schilff zur
Gedenkveranstaltung des DGB am Karsamstag
am Gedenkstein an der Josephskirche,
Lippstadt**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des DGB Kreisverbandes Soest, der Stadt Lippstadt, der IG Metall Hamm-Lippstadt, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde der Erinnerungskultur,

wir versammeln uns heute hier in Lippstadt, um der Opfer von Verfolgung, Gewalt und Vernichtung während der Zeit des Nationalsozialismus zu gedenken - insbesondere der ermordeten Uniöner und der Menschen, die den sogenannten Endphaseverbrechen zum Opfer fielen. Dieser Ort, der Gedenkstein an der Josephskirche, ist mehr als ein Denkmal aus Stein. Er ist Mahnmal und Erinnerung zugleich. Ein Ort der Trauer und ein Ort des Aufrufs - zu Menschlichkeit, zu Gerechtigkeit und zu Widerstand gegen das Vergessen. Als Bürgermeister der Stadt Dortmund ist es mir eine besondere Ehre, heute hier sprechen zu dürfen. Dortmund ist mit der Erinnerung eng verbunden - nicht nur durch Orte wie die Bittermark und die Steinwache, sondern durch eine aktive Gedenkkultur, getragen von vielen Menschen, Vereinen und Gewerkschaften.

Als ehemaliger Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache ist mir diese Arbeit Herzenssache. Und als Bürgermeister ist sie mir Pflicht. Denn gerade heute, fast genau 80 Jahre nach der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus, sind wir erneut ge-

fordert, Haltung zu zeigen. Wir erleben einen gefährlichen Rechtsruck - in Deutschland, in Europa, in der Welt. Antisemitismus nimmt zu. Menschen werden angegriffen, weil sie anders aussehen, anders lieben oder anders glauben. Nationalismus, Verschwörungslogien und Verrohung nehmen Raum ein. In Deutschland werden wieder Bücher auf Feindeslisten gesetzt. In Europa sitzen Rechtsextreme in den Parlamenten. Und in Übersee strebt ein Mann wie Donald Trump erneut nach Macht - ein Mann, der demokratische Werte offen verhöhnt. Und das, obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg die amerikanische Präsenz eine entscheidende Rolle bei der Demokratisierung Europas spielte, insbesondere in Deutschland. Die enge kulturelle und politische Verflechtung zwischen Europa und den USA hat dazu geführt, dass eigentlich beide Regionen ähnliche demokratische Werte teilen oder leider nunmehr teilen.

All das zeigt: Die Lehren aus der Geschichte sind kein abgeschlossenes Kapitel. Sie sind hochaktuell. Und es ist kein Zufall, dass wir heute hier gemeinsam mit dem DGB, der IG Metall und vielen Engagierten stehen. Denn die Gewerkschaftsbewegung war von Anfang an im Visier der Nazis. Die ermordeten Uniöner, an die wir hier erinnern, stehen symbolisch für die Entrechtung und Vernichtung von Solidarität und Mitmenschlichkeit. Das dürfen wir nie vergessen. Und wir dürfen nicht zu lassen, dass diese Geschichte relativiert, geleugnet oder verharmlost wird. Liebe Anwesende, wir erinnern nicht aus Pflichtgefühl. Wir erinnern, weil es unsere Ver-

antwortung ist. Für uns selbst, für unsere Kinder, für unsere Demokratie. In diesen Tagen blicken wir fassungslos nach Gaza. Kinder sterben, Familien hungern, zivile Infrastruktur liegt in Trümmern. Auch in Israel herrschen Angst, Trauer und Wut - ausgelöst durch den Terrorangriff der Hamas und durch eine Spirale der Gewalt, die bis heute nicht durchbrochen ist. Und wir sehen, wie in der Ukraine Millionen Menschen unter dem russischen Angriffskrieg leiden. Europa ist nicht immun gegen Krieg. Deshalb stehen wir solidarisch an der Seite derer, die für Freiheit und Menschenrechte kämpfen. Doch die Antwort auf das Grauen darf nie Hass sein. Der Holocaust-Überlebende Max Mannheimer, der Auschwitz, Theresienstadt und Dachau überlebte, hat einmal gesagt: „Ich konnte nie hassen.“ Trotz allem, was ihm angetan wurde - dem Mord an seiner Familie, der systematischen Entmenschlichung - lehnte er Hass ab. Er setzte auf Liebe, auf Menschlichkeit, auf das Gespräch. Das ist eine Haltung, die uns heute leiten kann. Denn Gedenken ist nicht nur Rückblick - es ist Zukunftsarbeit. Es ist ein Einsatz für ein friedliches Miteinander, für soziale Gerechtigkeit, für eine Gesellschaft ohne Angst. Deshalb rufe ich uns alle auf: Lassen Sie uns unsere Demokratie schützen. Lassen Sie uns laut bleiben, wenn andere schweigen. Lassen Sie uns solidarisch sein - mit den Schwachen, mit den Verfolgten, mit allen, die unsere Hilfe brauchen. Lippstadt zeigt heute: Erinnerung lebt. Und Erinnerung verpflichtet. Bewahren wir, was Generationen vor uns unter großen Opfern errungen haben - für unsere Städte, für unsere Kinder, für ein friedliches Europa.



Neuerscheinung: Buch über Heinz Junge

Unser Vereinsmitglied Reinhard Junge hat im April 2025 ein Buch
über das Leben seines Vaters veröffentlicht
(Quelle: Webseite PapyRossa Verlag)



Heinz Junge
Ewig kann's nicht Winter sein -
Ein Leben im Widerstand
Herausgegeben von Reinhard Junge

Paperback
301 Seiten, 20 s/w-Abbildungen
ISBN 978-3-89438-853-9

»Zwei SA-Hilfspolizisten schleppten mich die Treppe hinunter. ... Ich rief mir ins Gedächtnis: ›Vor der Polizei und dem bürgerlichen Gericht macht ein Jungkommunist keine Aussagen.‹ ... Die zum Antikriegstag verteilten Zettel, mit einem Handdruckkasten erstellt, hatten den Nazis kaum Hinweise auf die Organisatoren geliefert. Ich hatte gelegnet, das Flugblatt verteilt zu haben, das hatte für den Moment gereicht. Aber jetzt war die Falle zugeschnappt.« Mit 18 wurde Heinz Junge (1914 - 2004) verhaftet und auf der Wache gefoltert.

Im Herbst 1933 schickte man ihn ins Moor: »Im KZ kriegen sie dich schon klein!« Doch in der Illegalität baute er, nicht ›kleingekriegt‹, die KPD wieder mit auf, floh nach Amsterdam und wurde 1940 ins KZ Sachsenhausen verbracht, wo er sich dem geheimen Häftlingswiderstand anschloss.

Im April 1945 wurde Heinz Junge, inzwischen im KZ Mauthausen, halb verhungert von US-Truppen befreit. Bald zog es ihn nach Dortmund zurück, um neu anzufangen. Aus Tagebuchnotizen erstellte sein Sohn Reinhard Junge, Autor zahlreicher Kriminalromane, eine ergreifende Biografie. Über ein Leben im Widerstand, das sich in Zeiten einer wiedererstarkenden Rechten als Mahnung und Warnung liest.

Herausgegeben von Reinhard Junge, geboren 1946 in Dortmund, Studium in Bochum, anschließend trotz zeitweiligen Berufsverbots fast 40 Jahre lang Deutschlehrer in Wattenscheid. Vier Reportagebücher über die Neonaziszene in der BRD, zwölf Kriminalromane, teils solo, teils mit Leo P. Ard oder mit Christiane Bogenstahl.

Veranstaltungen am 8. Mai 2025



An der Steinwache mit Peter August Keßler (rechts)

Anlässlich des 80. Jahrestages des Kriegsendes am 8. Mai 1945 legte der Förderverein der Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergparkkomitee e.V. im Innenhof der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft einen Kranz nieder. Der Vorsitzende des Fördervereins Georg Deventer mahnte an diesem „Tag der Befreiung“, dass wir heute die Verantwortung haben, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Dem Erstarken des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus müsse entschieden, auch juristisch, entgegentreten werden. Der Literaturdozent und Geschichtenerzähler Peter August Keßler erzählte lebhaft und anekdotisch, wie während des Krieges bei seiner Großmutter, in ihrer Familie und in der Dorfgemeinschaft im Sauerland die NS-Ideologie Beachtung bzw. Nichtbeachtung fand.

Am Nachmittag beteiligte sich der Förderverein im Dietrich-Keuning-Haus bei einer ganztägigen Veranstaltung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord und des Begegnungszentrums Keuning-Haus mit einem Infostand. **Der Tag zur „Zukunft der Demokratie“** begann mit Workshops für Schulklassen. Nachmittags dann die Veranstaltung für alle mit Gesprächscafés und einer Filmvorführung „Nordstadt unterm Hakenkreuz“, erstmals 1989 im Offenen Kanal ausgestrahlt. Georg Deventer hatte den Film aus dem Nachlass von Erich Rüttel bewahren können. Zur Filmvorstellung war auch der damalige Produzent Reinhold Giese gekommen. Auch eine Fotoausstellung „Dortmund 1945 vs. heute“ wurde eröffnet. Verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen, Vereine und Verbände luden zum Gespräch ein, darunter auch der Förderverein.



Infostand im Dietrich-Keuning-Haus



Im Rathaus: Prof. Dr. Jens-Christian Wagner bei seinem Vortrag

Am Abend fand dann noch in der Bürgerhalle des Rathauses die Gedenkveranstaltung der Stadt Dortmund statt, Motto: „**80 Jahre Kriegsende - Geschichte begreifen, für die Zukunft handeln.**“ Aus dem Förderverein nahm eine größere Gruppe von Mitgliedern teil. Im Mittelpunkt stand ein Vortrag von Prof. Dr. Jens-Christian Wagner, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. In seinem Vortrag bewertete der Historiker die heutige Gedenk- und Erinnerungskultur und zeigte Handlungsmöglichkeiten für die künftige Gedenkstättenarbeit auf.

Mai 2025: Vortragswoche mit Alwin Meyer

Zukunft braucht Erinnerung und wie Vorträge zur Geschichtsbildung Jugendlicher und junger Erwachsener beitragen



Vom 12. bis 15. Mai 2025 weilte der Berliner Journalist, Filmemacher und Autor Alwin Meyer in Dortmund. Er ist in Dortmund kein Unbekannter mehr, seit der Ausstellung „Vergiss Deinen Namen nicht – Die Kinder von Auschwitz“, die wir als Förderverein im Herbst 2021 im Dietrich-Keuning-Haus zeigen konnten. Seinerzeit besuchten ca. 1.300 Menschen die Ausstellung, darunter 500 Auszubildende und Schülerinnen und Schüler.

Im Januar 2024 waren dann über die Vermittlung von Alwin Meyer drei überlebende Kinder von Auschwitz für eine Woche in Dortmund. Sie waren Gäste der Stadt Dortmund, wurden jedoch auch durch den Förderverein mit betreut. Dr. Eva Umlauf aus München, Angela Orosz aus Montreal und Wladyslaw Osik aus Warschau haben an mehreren Schulen Zeitzeugengespräche geführt und an einer beeindruckenden Veranstaltung im Reinoldihaus teilgenommen. Dort konnte auch eine erweiterte Ausstellung zu den „Kindern von Auschwitz“ präsentiert werden. Die Ausstellung in Besitz der Stadt Dortmund kann über das Stadtarchiv ausgeliehen werden. Es sind zurzeit 25 Rollups und einige Fotofahnen mit bewegenden Biographien im historischen Kontext.

Nun war der fast 75-jährige Alwin Meyer im Mai 2025 wieder nach Dortmund gekommen. Mit 21 Jahren, nach seinem ersten Besuch in Auschwitz, hat ihn das Schicksal der Kinder von Auschwitz nicht mehr losgelassen. Seit über 50 Jahren sucht er weltweit nach den wenigen überlebenden Kindern von Auschwitz, besuchte dabei etwa 30 Länder und konnte über 70 Biographien, nachdem er das Vertrauen der „Kinder“ gewonnen hatte, in vielen Gesprächen, mit manchen bis zu 30 Treffen, zusammenstellen.

Im Steidl-Verlag erschienen in den Jahren Veröffentlichungen wie das umfangreiche Werk „Vergiss Deinen Namen nicht – Die Kinder von Auschwitz“ oder die Veröffentlichung „Mama, ich höre Dich – Mütter, Kinder und Geburten in Auschwitz“. Über die deutschen Verbrechen in Konzentrations- und Vernichtungslagern ist vieles geschrieben worden. Nahezu unbekannt blieb

für viele Jahrzehnte die Geschichte der Kinder. Alwin Meyer erzählt sie und hat mit großer Akribie, Mitgefühl und Geduld die Geschichten der Kinder recherchiert, erfragt, aufgeschrieben und dokumentiert. Viele der Kinder erzählten ihm erstmals vom Leben im Lager und danach. Meyer liefert nicht allein erschreckende Zahlen und Fakten, sondern gibt den am Leben gebliebenen Namen, Gesichter und lässt sie zu Wort kommen. So vermittelt er heute noch Zeitzeugengespräche mit den heute hochaltrigen „Kindern“, zum Beispiel auch online mit Schulklassen oder er reist durch die Republik, um über die Kinder von Auschwitz zu erinnern. Er möchte die Schülerinnen und Schülern und jungen Erwachsenen auch mit dem Herzen erreichen, wie es ihm mit 21 Jahren in Auschwitz ergangen ist. Gerade heute, wo der Rechtspopulismus und Rechtsextremismus erstarren und breite Teile der Bevölkerung eingenommen hat, sind diese Zeitzeugengespräche bzw. Zeitzeugengespräche enorm wichtig. Nach Meyer geht es um die Zukunft der jungen Menschen und wie sie Demokratie, Vielfalt, Solidarität und gewaltfreie Konfliktlösungen gestalten. Und dass sich die die Geschichte nicht wiederholt, dafür bittet er die nachwachsende Generation eindringlich, sich einzusetzen und couragierte Mitmenschlichkeit zu zeigen.

Nachfolgend ein Überblick über die acht Vorträge und Schülergespräche in Dortmund und Lünen. In der Regel nehmen Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse teil. Die Vortragsreihe fand in Kooperation mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. statt und wurde von der Geschwister-Gödde-Stiftung finanziert. Die Vortragsreihe wurde von der Europaschule mit initiiert und geplant.

12. Mai 2025

Karl-Schiller-Berufskolleg/Konrad Klepping-Berufskolleg mit 150 Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrerinnen und Lehrern. Ansprechpartner war hier Lehrer Richard Höffner. (VHS Kurs Bildungsabschlüsse: 30 junge Erwachsenen und mit ihren Lehrern).

13. Mai 2025

Goethe-Gymnasium Hörde mit gesamt 350 Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrern. Ansprechpartner war hier Lehrer Martin Hendl

14. Mai 2025

Europaschule Wambel mit gesamt 600 Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrern. Ansprechpartner war



Katrin Rieckermann und Alwin Meyer

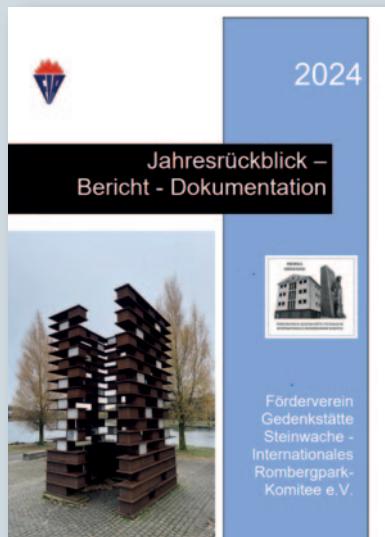
hier Lehrer Stefan Schneider und Schulleiter Jörg Girrлат. Die Europaschule engagiert sich auch bei den Gedenkveranstaltungen auf dem Intern. Friedhof, der in der Nachbarschaft der Schule liegt. In der Vergangenheit hat die Schule in Projektarbeiten Namenssteelen auf dem Friedhof geschaffen.

15. Mai 2025

Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Lünen mit 150 Schülerinnen und Schülern und Geschwister-Scholl-Gesamtschule Lünen mit gesamt 350 Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrern. Ansprechpartner waren hier Katrin Rieckermann, auch Mitglied des Vorstandes des Fördervereins und Schulleiter Christian Gröne. Katrin Rieckermann organisiert an dieser Gesamtschule u. a. Gedenkstättenfahrten nach Buchenwald. Die Schule hat auch eine Arbeitsgemeinschaft zum Thema.

Der Verfasser dieses Rückblickes konnte diese Woche Alwin Meyer an Schulen in Dortmund und Lünen zu den Vorträgen begleiten. Den etwa einstündigen Vorträgen mit Präsentation von Bildern aus den Biographien folgte eine ausgiebige Aussprache und Fragerunde. Die Schülerinnen und Schüler, darunter auch viele mit Migrationshintergrund, waren sichtlich bewegt, betroffen, nachdenklich und dankbar zugleich.

Und immer wieder die Frage, wie das Unfassbare geschehen konnte, weshalb gerade die Juden verfolgt wurden, wer waren die Täter, wie denken die überlebenden Kinder von Auschwitz heute über Deutschland und sie stellten Fragen, was zu tun sei, damit sich dieses nicht wiederholt. Und natürlich stellten sie Alwin Meyer immer wieder die Frage, was ihn motivierte, sein ganzes Leben sich mit dem Thema zu beschäftigen.



Hinweis zum Jahresrückblick 2024

Unser Jahresbericht aus dem Jahre 2024 hat wieder sehr viel Aufmerksamkeit und Zustimmung erfahren.

Interessenten, die kein Exemplar mehr erhalten können, verweisen wir auf unsere Webseite. Dort sind die Berichte der letzten Jahre veröffentlicht:

www.steinwache-rombergparkkomitee.org

Veranstaltungen in der Steinwache 2025

Folgende Vorträge bzw. Veranstaltungen des Stadtarchivs fanden statt:



23. Januar 2025

Im Namen des Volkes!? § 175 StGB im Wandel der Zeit: Vortrag und Ausstellungseröffnung mit dem Kurator der Ausstellung Marcus Velke-Schmidt, Historiker aus Köln/Bonn, in Kooperation mit SLADO e.V.

04. Februar 2025

Homosexuellenverfolgung im Nationalsozialismus: Vortrag von Dr. Alexander Zinn, Diplom-Soziologe und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hanna Arendt Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden

20. Februar 2025

Der papierende Freund. Holocaust-Tagebücher jüdischer Kinder und Jugendlicher. Buchvorstellung und Lesung mit Dr. Wolf Kaiser (Herausgeber) und Raphael Westermeier (Schauspieler). Dr. Wolf Kaiser ist Historiker und leitete nach seiner Tätigkeit als Lehrer bis 2015 die Bildungsabteilung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Raphael Westermeier war u. a. von 2020 - 2023 Mitglied des Ensembles des Schauspielhauses Dortmund und ist heute Vizepräsident und Landesvorsitzender NRW der Bühnengewerkschaft GDBA

13. März 2025

Zwischen Selbsthilfe, antifaschistischem Kampf und Kalten Krieg: Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes VVN in der frühen Nachkriegszeit: Vortrag von Dr. Katharina Stengel, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fritz-Bauer-Institut. Aktuell führt sie ein von der Alfred Landecker Foundation finanziertes Forschungsprojekt zur frühen Geschichte der VVN durch.

27. März 2025

Deportiert: „Immer mit einem Fuß im Grab“- Erfahrungen deutscher Juden: Vortrag von Prof. Dr. Andrea Löw, stellvertretende Leiterin des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte in München und Honorarprofessorin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte bei der Uni Mannheim.

17. April 2025

Gründonnerstag, am Vorabend des Karfreitagsgedenken in der Bittermark:

„Die Betreffenden sind zu vernichten“. Vortrag von Dr. Markus Günnewig, Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, zu den Gestapoendverbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges. Sein gleichnamiges Buch ist aus seiner Dissertation zum Thema hervorgegangen. Das Buch ist im Böhlau-Verlag erschienen.

15. Mai 2025

Musik im WIDERSTAND: Vortrag von Michael M. Lang, Strafverteidiger aus Köln, sammelt seit Jahrzehnten in seiner Freizeit seltene historische Tondokumente. Neben Literatur und bildender Kunst manifestierte sich Widerstand auch in der Musik.

27. Mai 2025

Fritz Bauer: Eine Biographie 1903 - 1968: Buchvorstellung von PD Dr. Irmtrud Wojak, Gründerin der BUXUS-Stiftung und des Fritz Bauer Forums in Bochum. Sie war Gründungsdirektorin des NS-Dokumentationszentrums in München und leitete zuvor den Bereich Forschung beim International Tracing Service in Bad Arolsen. Bis 2007 war sie stellvertretende Leiterin des Fritz-Bauer-Institutes in Frankfurt/Main.

Die Mahn- und Gedenkstätte ist seit Juni 2025 für den Um- und Ausbau geschlossen. Es finden weiterhin öffentliche Stadtrundgänge und Vortagsveranstaltungen statt.

Stadtrundgänge: Dauer etwa 90 Minuten (kostenlos) Themen: „Dortmund und der Holocaust“ und „NS-Verfolgung in Dortmund“

20. September 2025

Vortagsveranstaltungen im Stadtarchiv: Volker Heise „1945 - ein Jahr zwischen Katastrophe und Neuanfang“

10. Oktober 2025

20.00 Uhr im Dortmunder U Film „Z“ von Costa Gavras

16. Oktober 2025

Wolfgang Niesch „Hitlerputsch 1023 - Geschichte eines Hochverrats“

Brief von Georg Deventer an die Bezirksverwaltungsstelle Hörde zum Mahnmal Zwangsarbeit Phoenixsee



Förderverein Gedenkstätte Steinwache- Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

c/o Bredowstr. 4a
44309 Dortmund
Vorsitzender Georg Deventer

0172 271 48 63
gus.deventer@arcor.de

23.05.25

SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Hörde
Werner Sauerländer

Zwangsarbeiter-Mahnmal auf der Kulturinsel Phoenixsee

Liebe Freundinnen und Freunde,

im August 2020 hat der damaligen Oberbürgermeister Ullrich Sierau das Mahnmal an die NS-Zwangsarbeit in Dortmund der Öffentlichkeit übergeben. In der Vergangenheit haben wir immer wieder auf Beschädigungen und Verunreinigungen hingewiesen, die dann auch teilweise beseitigt wurden.

Mittlerweile wird das Mahnmal immer unansehlicher: Einige Schrifttafeln sind defekt, das Glas zerplatzt, Aufkleber „Spuckis“ verunzieren, Texte sind vergilbt. Die Tafel zur Legende des Mahnmals fehlt seit längerer Zeit ganz. Auch die Beleuchtung der einzelnen Elemente in der Skulptur ist stellenweise fehlerhaft.

Uns ist nicht ganz klar, wer für die Instandsetzung, Pflege und Reinigung verantwortlich ist. In der Vergangenheit haben wir Markus Günnewig vom Stadtarchiv angesprochen, hinterlegt mit Fotos zu den Beschädigungen, dann auch die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rathaus.

Wir hoffen, dass die Bezirksvertretung Hörde nun initiativ wird, damit dieses Mahnmal, welches täglich von vielen Besucherinnen und Besuchern des Phoenix-See aufgesucht wird, wieder in einen ansehlichen und würdigen Zustand versetzt wird.

Herzlichen Dank für Eure Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Deventer

Zum Stand der Dinge im November 2025: Die SPD-Fraktion hat einen entsprechenden Antrag in die Bezirksvertretung Hörde eingebracht, der positiv beschieden wurde. Die Verwaltung wurde beauftragt, die beschriebenen Mängel zu beseitigen.

Brief von Georg Deventer an den OB Thomas Westphal zum Torgauer Brückenstück



Förderverein Gedenkstätte Steinwache- Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

c/o Bredowstr. 4a
44309 Dortmund
Vorsitzender Georg Deventer

0172 271 48 63
gus.deventer@arcor.de

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Westphal
Rathaus
Friedenplatz
44122 Dortmund

08.05.25

Bewahrung des Torgauer Brückenstückes

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Thomas Westphal,

die Torgauer Brücke über die Elbe erlangte Berühmtheit, weil sich auf dem von der Wehrmacht zerstörten, eingebrochenen Bauwerk US-amerikanische GI und Soldaten der Roten Armee am 25. April 1945 erstmals begegneten. Der Handschlag dieser jungen Männer, die als Soldaten gegen Nazi-Deutschland kämpften, ist in die Geschichte eingegangen.

Ein Fragment der Brücke steht seit 1995 auf dem Gelände der ehemaligen Stahlbaufirma Rüter an der Nortkirchenstraße in Hörde. Der Bezug zu Dortmund liegt nahe, da der Stahlbogen der Brücke in den Werkstätten der Dortmunder Union-Brückenbau hergestellt und in Torgau montiert wurde. Heute ist dieses Teilstück verwittert und weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit.

1995 hatte das Kulturbüro der Stadt das Fragment mit einem sehr guten Flyer als „Die Torgauer Brücke: Ein Symbol der Begegnung“ vorgestellt. Eine Kopie ist beigelegt.

Zuletzt 2021 gab es politische Initiativen Hörder Sozialdemokraten, darunter Bernhard Klösel und Werner Sauerländer sowie von Hans Otto Wolf von der Partei „Die Linke“ in der Bezirksvertretung, um das Stück Zeitgeschichte aus dem Schattendasein herauszuholen. Lösungen konnten jedoch nicht gefunden werden.

Das weltbekannte Denkmal aus Stahl sollte jedoch in unserer Stadt mehr Beachtung finden. Beigefügt habe ich diesem Schreiben einen Zeitungsartikel der Ruhrnachrichten vom 08.03.2021.

Im Zusammenhang mit der Bewahrung dieses Denkmals aus Stahl gab es 2021 auch Überlegungen, das Fragment auf dem früheren Produktionsstandort der Union-Brückenbau auf dem heutigen Gelände der EDG am Sunderweg aufzustellen. Involviert waren seinerzeit Dr. Karl Lauschke vom Hoeschmuseum, EDG-Geschäftsführer Bastian Prange und Ideengeber Uli Dettmann.

Das Fragment ist in einem verhältnismäßigen guten Zustand, müsste jedoch restauriert werden, mit Korrosionsschutz versehen werden und scharfkantige Stahlteile entfernt werden. Bei einer Standortverlegung müsste ein Fundament erstellt werden und wegen erhöhter Verkehrssicherungspflicht an öffentlichem Ort wohl eingezäunt werden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir hoffen, dass Sie politisch und finanziell Wege finden, in unserer Stadt, in der die Erinnerungs- und Gedenkkultur einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert besitzt, das Fragment zu bewahren.

Herzlichen Dank.
Mit freundlichen Grüßen

Anlagen: RN-Artikel vom 08.03.21 und Flyer Kulturbüro aus 1995

Zum Stand der Dinge:
Der Oberbürgermeister
Thomas Westphal hat
in seiner Amtsperiode
unser Anliegen zuständig-
keitshalber an den
geschäftsführenden
Direktor der Kulturbetriebe
Dr. Stefan Mühlhofer
weiter geleitet.

22. Juni 2025: Gedenkveranstaltung an der Westfalenhalle

Am 22. Juni 2025 erinnerte der Förderverein Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergparkkomitee e.V. gemeinsam mit der VVN, dem Friedensforum, dem Bündnis Dortmund gegen Rechts und dem historischen Verein Ar.kod.M. am Gedenkstein an der Westfalenhalle an den Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion vor 84 Jahren 1941. Die Erinnerung galt den vielen tausend Kriegsgefangenen, die im Stalag VI D in Dortmund interniert waren und Zwangsarbeit verrichten mussten. Viele von ihnen kamen infolge von Willkürakten, Krankheit, fehlender Versorgung und bei Bombenangriffen, denen sie in den Baracken rund um die Westfalenhalle schutzlos ausgeliefert waren, ums Leben. Bürgermeister Norbert Schilff (Bild unten, 3.v.l.) rief in seiner Gedenkrede dazu auf, sich gegen den Krieg, gegen Nationalismus und gegen autoritäre Führungsansprüche zu stellen. Gerade auch in Dortmund zeige sich in zivilgesellschaftlichen Netzwerken, Bündnissen und Initiativen, dass gegen den Rechtsruck und gegen das Vergessen engagiert eingetreten wird.

Rede von Bürgermeister Norbert Schilff anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 84. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion Gedenkstein Stalag VI D, Westfalenhallen

Sehr geehrter Herr Deventer, sehr geehrte Frau Tölke, verehrte Mitstreiterinnen und Mitstreiter des Erinnerns, liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, wir versammeln uns heute hier, am historischen Ort des Stalag VI D, um zu erinnern – an das unfassbare Leid von mehr als 70.000 sowjetischen Kriegsgefangenen,

die hier interniert, zur Zwangsarbeit gezwungen, entwürdigt und zu Tausenden dem Tod überlassen wurden. Hier, auf dem Gelände der Westfalenhallen, befand sich das Stalag VI D – ein zentrales Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht. Über 70.000 Menschen wurden hier zwischen 1939 und 1945 registriert, untergebracht und zur Zwangsarbeit in der Schwerindustrie unserer Stadt gezwungen. Allein 300 Arbeitskommandos waren in Dortmund aktiv. Der Angriff auf die Sowjetunion war von Anfang an als Vernichtungskrieg geplant. Über drei Millionen Soldaten, tausende Panzer und Flugzeuge griffen an – mit dem Ziel, „die Lebenskraft Russlands zu zerstören“, wie es Hitler formulierte.

Was folgte, war systematischer Mord an Millionen sowjetischen Soldaten und Zivilisten. Nach dem Überfall am 22. Juni 1941 nahm auch die Zahl sowjetischer Gefangener im Stalag VI D dramatisch zu. Viele von ihnen überlebten die Haft nicht – sie starben an Unterernährung, Krankheiten oder Misshandlungen. Allein 5.095 von ihnen sind auf dem Dortmunder Hauptfriedhof begraben. Heute, 84 Jahre nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion, ist diese Erinnerung aktueller denn je. Doch dieses Gedenken ist kein Rückblick. Es ist ein Warnruf – angesichts des Krieges von Russland gegen die Ukraine, der Europa zutiefst bedroht. Ein Krieg, der zeigt, wie schnell unser heutiger Frieden nichtig wird, wenn wir es zulassen. Denn wir leben in Zeiten, in denen Krieg zurück ist auf unserm Kontinent. Der brutale Angriff Russlands auf die Ukraine ist nicht nur ein Angriff auf ein Land – es ist ein Angriff auf die Idee eines friedlichen Europas. Er erinnert in erschreckender Weise an das, was wir glaubten, hinter uns gelassen zu haben: imperialistische Gewalt, Vernichtungslogik, Missachtung internationalen Rechts. Gleichzeitig erleben wir, wie Konflikte





im Nahen Osten immer wieder zu Flächenbränden eskalieren - wie Menschenleben geopfert werden für Macht, Hass und Fanatismus. Und wie weltweit autoritäre Kräfte an Einfluss gewinnen.

Zeitgleich entzieht sich die US-Führung jedweder verlässlichen Partnerschaft. Präsident Trump hat wieder das Weiße Haus übernommen - er schwenkte auf einen „America First“-Kurs und entsandte Truppen in Städte wie Los Angeles gegen Migrationsproteste - ein autoritäres Signal gegen demokratische Bewegungen innenpolitischer Opposition. All das ist eine reale Gefahr - für die Demokratie, für den Frieden, auch für uns hier in Dortmund. Wir dürfen niemals den Fehler machen zu glauben, Geschichte wiederhole sich nicht. Sie wiederholt sich nicht - aber sie kehrt zurück, wenn wir sie verdrängen. Wenn wir nicht widersprechen. Wenn wir nicht handeln.

Diese Gedenkstunde ist deshalb mehr als ein Blick zurück. Sie ist ein politisches Signal. Ein Mahnmal gegen das Vergessen. Und ein Aufruf, unsere Demokratie, unsere Freiheit, unsere Menschlichkeit aktiv zu verteidigen. Hier in Dortmund stehen wir für Demokratie, Toleranz und Menschenrechte. Wir stellen uns gegen Krieg, gegen Nationalismus, gegen autoritäre Führungsansprüche. Wir sprechen im Geiste der „Nie wieder“-Lehre. Wir engagieren uns - in zivilgesellschaftlichen Netzwerken, Bündnissen, Initiativen - gegen den Rechtsruck und gegen das Vergessen. Wir müssen unsere Demokratie verteidigen - am Brennpunkt der internationalen Lage: der Ukraine, im Nahen Osten, in rücksichtsloser Innenpolitik und Experimenten wie in den USA. Wir dürfen nicht träumen, dass Frieden von allein bleibt. Er muss verteidigt werden - mit Haltung, mit Werten, mit Mut zur Erinnerung, zur Zivilcourage. Ich danke allen, die diese Haltung sichtbar machen - in den Schulen, in den Vereinen, auf der Straße.

Und ich rufe uns alle auf: Bleiben wir wachsam. Stehen wir ein - für Frieden, für Toleranz, für ein starkes Europa. Und Dortmund handelt: Am 22. Mai haben wir im Stadtrat entschieden, eine offizielle Städtepartnerschaft mit Schytomyr in der Ukraine einzugehen. Aus Solidarität wird nun formelle Verbindung. Diese neue Partnerschaft ist ein Zeichen gelebter europäischer Verantwortung. Sie bringt Menschen zusammen, über Grenzen hinweg - in einer Zeit, in der Mauern und Gräben

wieder errichtet werden sollen. Schytomyr, rund 130 Kilometer westlich von Kiew, steht wie Dortmund für Industrie, Bildung, Kultur - und für den ungebrochenen Willen, die Zukunft demokratisch, nachhaltig und offen zu gestalten. Schon jetzt gibt es zahlreiche Projekte, Hilfslieferungen und fachlichen Austausch. Diese Partnerschaft ist kein Symbol. Sie ist konkrete, mutige Friedensarbeit in Zeiten des Krieges. Denn eines ist sicher: Nie wieder Krieg beginnt mit Nie wieder wegsehen.

Leserbrief zur Geschichte der Westfalenhalle (in gekürzter Form abgedruckt in den RN vom 30. Juli 2025)

Sehr geehrte Damen und Herren in der Redaktion, lieber Oliver Volmerich, die Geschichte der Westfalenhalle hat bis heute in Bezug auf das Kriegsgefangenlager, dem Stalag VI D von 1939 bis 1945 im offiziellen und öffentlichen Gedenken der Stadt Dortmund nur wenig Spuren hinterlassen. In der Westfalenhalle selbst und dann ab 1941 in dem großen Barackenlager auf dem Gelände waren Tausende von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter untergebracht. Der überwiegende Teil stammte nach 1941 aus den Republiken der Sowjetunion. Vom Stammlager aus wurden sie in zahlreichen Rüstungs- und Industriebetrieben, im Bergbau, in privaten Betrieben, in der Landwirtschaft oder auch kommunalen Unternehmen zur Zwangsarbeit verpflichtet. Allein im Januar 1945 befanden sich in den Baracken 43.000 Zwangsarbeiter, darunter 15.000 Kriegsgefangene. Viele von ihnen starben durch Willkür, Krankheit, Unterernährung oder waren den alliierten Bombardierungen schutzlos ausgeliefert. Dieses Lager ist ein Ort, der wie kaum ein anderer für die lokale Dimension des schrecklichen Vernichtungskrieges steht. Seit 2007 erinnert ein Gedenkstein mit einer Bronzeplatte an der Fußgängerbrücke über die B1 oberhalb des Messezentrums Nord an diese Zeit in der Geschichte der Westfalenhalle. Doch viele Besucherinnen und Besucher der Westfalenhallen oder des Messezentrums wie auch die zahlreichen BVB-Fans auf dem Weg ins Stadion gehen achtlos vorbei. Der Gedenkstein allein reicht u. E. nicht. Wir mahnen die Stadt Dortmund mit ihrer Westfalenhallen GmbH dringend an, auf dem Gelände oder in den Hallen einen Gedenkort mit allen notwendigen Informationen zu errichten, denn Zukunft braucht Erinnerung.

Mit freundlichen Grüßen
Georg Deventer
(Vorsitzender Förderverein Gedenkstätte
Steinwache-Intern. Rombergparkkomitee e.V.)

27. Juni 2025: Mitgliederversammlung

Bericht des Vorsitzenden Georg Deventer bei der Mitgliederversammlung im „BierCafé West“ im Eugen-Krautscheid-Haus

Zu Beginn der Mitgliederversammlung wurden die Toten geehrt. In den letzten drei Jahren haben uns für immer verlassen:

April 2022: **Agnes Vedder** – 95 Jahre

Juli 2022: **Karl Heinz Gerold** – 91 Jahre

September 2022: **Andreas Roshol** – 59 Jahre

Oktober 2022: **Harald Hudy** – 75 Jahre

Dezember 2022: **Dr. Günther Högl** – 75 Jahre

Januar 2023: **Renate Büker** – 82 Jahre

Juni 2023: **Ernst Söder** – 84 Jahre

Januar 2025: **Jutta Reiter** – 59 Jahre

In den Jahresberichten und auf unserer Website haben wir die Nachrufe veröffentlicht.

Wir werden unsere verstorbenen Mitglieder in dankbarer Erinnerung behalten.

Ich habe in den letzten beiden Jahren mit Ralf Brinkhoff die Jahresberichte, die Dokumentationen von Ernst Söder fortgesetzt. Die Berichte sind allen Mitgliedern zugesandt worden. Die Berichte 2006 bis 2008 und dann ab 2013 bis 2024 sind im Archiv unserer Website. Die gedruckten Fassungen von 2002 bis 2005 und dann 2009 bis 2012 liegen uns auch noch vor. Unsere Website ist nicht nur Archiv, sondern auch das Medium für Ankündigungen von Veranstaltungen unserer Gedenk- und Erinnerungsarbeit. Besonders verweise ich auf das Menü „Über den Tag hinaus“ und der Bereich „Literatur/Medien“. Die Satzung kann auch eingesehen werden und Interessierte können auch Beitragsformulare herunterladen. Wir haben zurzeit 77 Mitglieder, in den letzten beiden Jahren sind 15 neue Mitglieder aufgenommen worden. Der Förderverein ist Anstaltsträger für die hauptamtliche Projektbegleitung des Förderprogramms „Demokratie Leben“, angeschlossen an die kommunale Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Die Stelle ist derzeit mit Kim Wollnik besetzt. Wir hoffen, dass die Förderung über das Jahr 2025 fortgesetzt wird.

Im Folgenden möchte ich die Ergebnisse der zwei Workshops im Rahmen von Vorstandssitzungen am 21. Januar 2025 und 25. März 2025 zusammenfassen. Zweck des Vereins nach seiner Satzung ist die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Gedankens der Völkerverständigung, die Förderung des Andenkens an Verfolgte und Kriegsopfer sowie die Förderung der Volksbildung und die Förderung des demokratischen Bewusstseins der Bevölkerung.

Eberhard Weber übernahm die Moderation der Workshops. Einleitend bemerkte er im Hinblick auf ein Konzept zur Museumsentwicklung in Dortmund – dieses Konzept liegt vor – dass es Hinweise gebe, dass im Rahmen von strategischen Neuaustrichtungen in Dortmund wie aber auch bundesweit ehrenamtliches Engagement und gesellschaftliche Begleitung unzureichend berücksichtigt werde. Dies würde oftmals mit einer neuen professionellen strategischen Ausrichtung begründet oder anders ausgedrückt, gesellschaftliches Engagement störe, daher nicht erwünscht. Dies würde zwar in Abrede gestellt, es stimme aber trotzdem.

Folgende Themen und konkrete Projekte wurden besprochen:

01. Die Satzung mit Vereinszweck und den daraus folgenden Aktivitäten müsse überarbeitet bzw. angepasst werden. Dieses geschieht nach Erstellung eines neuen Leitbildes.
02. Künftig müsse der Name „Mahn- und Gedenkstätte Steinwache“ erhalten bleiben, da ein einzigartiges authentisches Gebäude. Kontakte zum Kulturausschuss sollen dazu beitragen, die Entwicklung zum „Museumsplan“ zu beobachten und ggf. Einfluss zu nehmen. Es stellt sich auch die Frage, wie die neue Dauerausstellung (bisher Widerstand und Verfolgung 1939 bis 1945) genannt werden wird.
03. Der Förderverein müsse sich in der Mitte der Gesellschaft verorten. Der Förderverein hat in der Stadt einen besonderen Stellenwert in der Erinnerungs- und Gedenkkultur wie auch in der mahnen den Aufklärungsarbeit. Wichtig wird sein, zur Geschichtsbildung der Jüngeren beizutragen, insbesondere auch bei den jungen Migranten.
04. Jetzt schon in der kommenden Mitgliederversammlung müsse bei der Wahl des Vorstandes eine längerfristige Perspektive im Blick sein. Ein neues Leitbild dient hier als Grundlage für die An-

sprache neuer Personen. Dieses liegt aber noch nicht vor. Die jetzigen Vorstandsmitglieder sind in unterschiedlichen Parteien, Vereinen, Organisationen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen haupt- oder ehrenamtlich aktiv: im Jugendring, Auslands- gesellschaft, AWO, SPD; DKP, die Linke, in der VVN, im Bündnis Dortmund gegen Rechts, bei Blockado, im Friedensforum, im AKS Dortmund gegen Rechtsextremismus, im Hoesch-Museum, bei den Naturfreunden oder auch in der BVB-Arbeitsgemeinschaft Tradition.

05. Die Suche nach Kooperationspartnern sollte erfolgen, eine Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Akteuren sei eine vordringliche Aufgabe. Der Förderverein ist Mitglied im Netzwerk Dortmund gegen Antisemitismus, Mitglied im Begleitausschuss der Koordinierungsstelle und im Arbeitskreis zum jährlichen Antikriegstag. Vorstandsmitglieder sind namentlich benannt.
06. Welche Standorte in der Gedenk- und Erinnerungskultur gibt es und welche kommunalen und andere Akteure in der Zivilgesellschaft sind aktiv?
07. Die Beschäftigung mit der Dissertation von Dr. Markus Günnewig zum Thema der Kriegsendverbrechen.
08. Schicksalsklärung der ausländischen Opfer der Bittermark / Namensklärung
09. Projekt „Schicksalsklärung, Opfern ein Gesicht geben“. Hierzu liegt eine umfassende Projektbeschreibung von Hanne Tölke vor.
10. Der Förderverein müsse sich für die Bewahrung des Torgauer Brückenstückes einsetzen. Hier habe ich am 8. Mai d. J. ein Schreiben an OB Westphal gerichtet, politisch und finanziell Wege zu finden.
11. Gibt es Leuchtturmprojekte, die der Förderverein anstoßen sollte?
12. Das Thema „Zwangsarbeit“ müsse berücksichtigt werden. Wegen des unansehnlichen Zustandes und beschädigter Textmodule im Mahnmal auf der Kulturinsel des Phoenix-Sees habe ich jetzt im Mai d. J. die Bezirksvertretung Hörde angeschrieben.
13. Der Förderverein solle mit dazu beitragen, dass weitere Stolpersteine verlegt werden. Wilfried Hart han hatte für den Workshop ein Papier vorgelegt mit einer Auflistung von neun verlegten Stolpersteinen für die Opfer der Gestapomorde zum Kriegsende und eine Namensliste von 20 Opfern,

für die noch keine Stolpersteine verlegt sind. Diese Auflistung wurde von Fabian Karstens korrigiert, so dass noch 18 Namen übrigbleiben, für die lt. Hart han eine Verlegung wünschenswert wäre.

14. Norbert Schilff schlägt vor, Standorte von Gedenkstätten, Mahnmalen und Tafeln in Dortmund aufzulisten. An dieser Stelle möchte ich informieren, dass ich jetzt im Juni d. J. die Bezirksvertretung Brackel angeschrieben habe, für den neu auf dem Hauptfriedhof geschaffenen und würdigen Gedenkort für 89 Opfer aus der Zeit der sog. Euthanasie – überwiegend sterbliche Überreste aus der Tötungsanstalt im hessischen Hadamar – notwendige Wegweiser und Hinweise aufzustellen. Darüber hinaus habe ich nach einem Gespräch mit Andreas Müller von der Geschichtswerkstatt erfahren, dass weit mehr als 89 Opfer in diesem Grabfeld ihre letzte Ruhestätte erhalten haben. Im Schreiben an die Bezirksvertretung habe ich darauf hingewiesen.
15. Eberhard Weber schlug vor, sich mit dem EL-DE-Haus in Köln regelmäßig auszutauschen.
16. Welche Erwartungshaltung hat die Steinwache/ Stadtarchiv Dortmund an den Förderverein hinsichtlich einer künftigen Zusammenarbeit? Diesbezüglich ist der Leiter der Steinwache Dr. Markus Günnewig gebeten, die Erwartungen schriftlich mitzuteilen. Dies ist leider bis dato noch nicht erfolgt.
17. Die programmbezogene Zusammenarbeit mit den Hauptamtlichen der Steinwache und gemeinsame Aktivitäten müssen intensiviert werden.
18. Wie gehen wir mit der Schließung der Steinwache um? Was bedeutet das für unsere Arbeit? Gibt es verlässliche inhaltliche Planungen/Aktivitäten für die Zeit, in der wegen Um- und Ausbau die Steinwache geschlossen ist?

Eberhard Weber fasste resümierend zusammen, dass ein zukunftsorientiertes Leitbild für den Förderverein unter Einbindung von Kooperationspartnern erstellt werden müsse. Insbesondere müsse auch die Erwartungshaltung der Steinwache bzw. der Stadt Dortmund mit dem Stadtarchiv an eine Zusammenarbeit mit dem Förderverein eingefordert werden. Um ein Leitbild zu erstellen, sind darüber hinaus die weiteren Aktivitäten des Fördervereins hinsichtlich Gedenkveranstaltungen und Gedenkstättenfahrten sowie die Durchführung von Ausstellungen, Lesungen und Vorträgen, Informationsveranstaltungen und Exkursionen aufzulisten. Was bisher geschah, ist in den Jahresberichten ausführlich

dokumentiert. Zu den eigenen Gedenkveranstaltungen und bei denen der Förderverein mitwirkt, zählen: der Auschwitz-Gedenktag am 27. Januar, die Bücherverbrennung Mai 1933, das Karfreitagsgedenken Intern. Friedhof, Bittermark, Lünen, Lippstadt, der 8. Mai, der 22. Juni, das Gedenken in Hombruch, der Antikriegstag, der 9. November und auch mittlerweile der Volks- trauertag auf dem Hauptfriedhof und Intern. Friedhof. Auch die Öffentlichkeitsarbeit, im Wesentlichen über unsere Website mit verschiedenen Rubriken und Jahrsberichterstattungen, spielen eine wichtige Rolle, werden auch zahlreich aufgerufen, monatlich über 300 mal, in 2024 waren es 3.700 Aufrufe.

Eine wichtige Bedeutung erfährt nun die Fragestellung, welches ehrenamtliche Engagement der Förderverein für jüngere Akteure bietet. Mit ihnen müssen die Voraussetzungen für eine Projektmitarbeit oder übergreifende Mitarbeit auch in Vorstandssämttern besprochen werden. Zuerst einmal ohne Vorgaben der jetzigen Aktiven. Dies wird eine vordringliche Aufgabe des neuen Vorstandes sein, ein neues Leitbild und eine neue Ausrichtung in diese Richtung hinzu entwickeln. Zur Kassenslage wird Marc Frese seinen Bericht abgeben.

Dortmund, den 27. Juni 2025
Georg Deventer, Vorsitzender

Vorstand

Der Vorstand des Fördervereins (gewählt am 27. Juni 2025):

Georg Deventer, Vorsitzender
Doris Borowski, Stellvertreterin
Iris Bernert-Leushacke, Stellvertreterin
Wilfried Stockhaus, Stellvertreter
Marc Frese, Kassierer

Beisitzer/innen:

Norbert Schilff
Katrin Rieckermann
Ralf Brinkhoff (Schriftführung und Administrator der Webseite)
Jan-Joschka Pogadl
Dieter Knippschild
Fabian Karstens
Martin Schmitz
Nadja Lüders
Ulrich Sander
Petra Dresler-Döhmann
Hannelore Tölke
Dmitriy Kostovarov
Sophie Niehaus (Vorsitzende des Jugendrings)

Kassenprüfer/innen:

Anja Butschkau
Dr. Wilfried Harthan

Beratende Mitglieder:

Jannis Gustke (Vertreter „Botschafter der Erinnerung“)
Dr. Markus Günnewig, Leiter Steinwache
Kim Wollnik, Projekt „Demokratie leben“



10. Juli 2025: Besuch des Landtags in Düsseldorf

Auf Einladung der Abgeordneten Anja Butschkau (SPD) besuchte am 10. Juli 2025 eine Gruppe des Fördervereins den Landtag in Düsseldorf. Nach einer Einführung durch den Besucherdienst der Landtagsverwaltung konnte die Gruppe auf der Zuschauertribüne die letzte Sitzung des Plenums vor der Sommerpause verfolgen. Hier ging es u. a. um den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen oder um die Bekämpfung des Antisemitismus an Schulen.

Beim informativen und kurzweiligen Gespräch mit der Abgeordneten Anja Butschkau beteiligten sich auch die Dortmunder Abgeordneten Nadja Lüders und Ralf Stoltze sowie der Büroleiter von Anja Butschkau Martin Schmitz. Alle Genannten sind im übrigen Mitglieder des Fördervereins, Martin Schmitz und Nadja Lüders auch Beisitzer im Vorstand und Anja Butschkau als Kasenprüferin.



Die Gruppe mit den Abgeordneten Anja Butschkau und Nadja Lüders.



24. Juli 2025: Gedenken in Hombruch

Der Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee erinnerte an vier Hombrucher Widerstandskämpfer, die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden. Dieses Gedenken wurde mittlerweile seit fast 25 Jahren jährlich an der Gedenkplatte am Sparkassen- und Bezirksverwaltungsstellengebäude an der Harkortstraße durchgeführt.

Der Vorsitzende des Fördervereins, Georg Deventer, konnte etwa 30 Teilnehmende aus Politik und Gesellschaft - vornehmlich aus dem Stadtbezirk Hombruch - begrüßen, darunter die Landtagsabgeordnete Anja Butschkau oder von der Bezirksvertretung Volker Schulte-Braucks. In diesen Zeiten blutiger Verwirrung sei es umso wichtiger, an diese aktiven Widerstandskämpfer zu erinnern, die sich mutig gegen die faschistische Diktatur und gegen Gewalt und Krieg eingesetzt haben und dafür ihr Leben gegeben haben.

Bürgermeister Norbert Schilff wies in seiner Rede darauf hin, dass dieses Gedenken auch deutliche Zeichen setzen soll, für eine vielfältige, tolerante und demokratische Gesellschaft einzutreten. Es dürfe auch nicht, wenn es nach dem Willen der AfD gehe, einen Schlussstrich über die Verbrechen der Nationalsozialisten gezogen werden. Norbert Schilff erinnerte an das Leben der Hombrucher Widerstandskämpfer, die sich mutig gegen die Nazidiktatur gestellt haben.

Hans Grüning, im Jahre der Machtergreifung Hitlers 1933 16 Jahre jung, war Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes in Dortmund Barop. Er pflegte Kontakte zu den sowjetischen Kriegsgefangenen und übernahm Kurierdienste. Die Gestapo verhaftete ihn und er wurde wegen Verbreitung feindlicher Rundfunkhetze via Flugblätter vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Er wurde am 24. Juli 1944 in Brandenburg durch das Fallbeil hingerichtet. Die Stadt Dortmund würdigte u. a. Hans Grüning durch die Benennung eines Weges in Menglinghausen.

Auch wenn der Name Wilhelm Knöchel nicht auf der Gedenktafel steht, erinnerte Norbert Schilff auch an einen aktiven Widerstandskämpfer. Wilhelm Knöchel - 1899 geboren - war Sozialdemokrat und später führendes Mitglied der KPD. Er wurde am gleichen Tag wie Hans Grüning durch das Fallbeil hingerichtet. Er wurde im Vorfeld derartig heftig gefoltert, dass man ihn auf einer Trage zur Hinrichtung gebracht hat. Wilhelm Knöchel wurde zum Verhängnis, dass er den Widerstand in den Zeichen organisiert hatte.



Am 20. September 1943 ermordeten die Faschisten den in Dortmund-Hombruch wirkenden und wohnenden katholischen Priester Wilhelm Max Oberhaus. Er war der Sohn eines Fabrikanten, empfing 1933 die Priesterweihe und kam als Neupriester in die Pfarrei St. Clemens hier in Hombruch. Wilhelm Oberhaus wurde wegen einer Predigt zum Elternrecht im Jahre 1936 verhaftet. Er hatte in der Predigt gesagt: „Die Kinder, liebe Eltern, gehören euch nach Gott, erst dann dem Staat.“ Deswegen wurde er vor dem Landgericht in Dortmund wegen eines Vergehens gegen den § 2 des Heimtücke-Gesetzes angeklagt und zu fünf Monaten Haft verurteilt. Wegen eines weiteren Vorfalls 1941 wurde er wiederum verhaftet und in die sog. Schutzhaft genommen. Er hatte ein Mädchen, das dem Bund deutscher Mädel angehörte, wegen einer frechen Bemerkung geohrfeigt und wurde deshalb wegen „Körperverletzung“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Strafende bleibt er auf Veranlassung der Gestapo in Schutzhaft und wurde schließlich in das Konzentrationslager Dachau überführt. Dort starb er im September 1942 an Hunger und an einer nicht behandelten Krankheit. Seine letzte Ruhestätte fand Wilhelm Oberhaus in seiner Geburtsstadt Herford.

Nach dem Krieg hat die Stadt Dortmund den Priester mit der Benennung einer Straße in Hombruch gewürdig. Die katholische Pfarrei St. Clemens benannte dann das im Jahre 1958 fertiggestellte Pfarrheim nach Wilhelm Oberhaus. Und in Herford trägt eine katholische Grundschule seinen Namen.

Und schließlich wurde an Fritz Husemann erinnert. Er wurde 1873 in Bochum geboren. Er war Steinmetz und Maurer, später dann Bergmann in Dortmund und Bochum. Als Mitglied der SPD gehörte er auch dem Bochumer Stadtrat an. Während der Weimarer Republik war er Vorsitzender des Verbandes der Bergbauarbeiter Deutschlands. Von 1919 bis 1924 gehörte er dem Preußischen Landtag an und ab 1924 dem deutschen Reichstag.

Fritz Husemann wurde mehrfach inhaftiert und durch die Polizei verhört, unter anderem wegen seiner gewerkschaftlichen Verbindungen. So kam er schon 1935 in das Konzentrationslager Esterwegen. Bei einem angeblichen Fluchtversuch wurde er in den Bauch geschossen und starb an der tödlichen Verletzung am 15. April 1935.

Die kleine Gedenkstunde gestalteten musikalisch mit Akkordeon und Violine Bernd Rosenberg und David Orievski.

Eine besondere berührende Geste kam von einer hochbetagten Hombrucherin, die neben dem Gedenkgesteck des Fördervereins an der Gedenkplatte ein eigenes Blumengebinde aus ihrem Garten niederlegte, um wie sie sagte, den Opfern zu gedenken und Danke zu sagen.

Georg Deventer



Unser Vorstandsmitglied Dieter Knippschild verfasste im Zusammenhang mit dem Gedenken in Hombruch den nachfolgenden Artikel:

Auf dem Bezirksfriedhof Hombruch liegen drei Personen bestattet, die beim letzten alliierten Großangriff, am 12. März 1945 ihr Leben verloren. Wilhelm (Willi) Gersdorff und seine Ehefrau Elisabeth (Li) Gersdorff und Friedrich Kayser wohnten in Brünninghausen an der Kreissiedlungsstraße 15. Diese Anschrift sollte sich seit 1933 zu einem zentralen Treffpunkt einer Gruppierung entwickeln, deren vielfältige Aktivitäten alle gegen Nazismus und Krieg ausgerichtet waren.

Der Kern der Gruppe bestand aus Funktionären der Deutschen Friedensgesellschaft, die von den Nazis sofort verboten worden war, und Pädagogen – Lehrern und Schulräten – die degradiert oder entlassen worden waren. Ging es anfangs darum, sich hauptsächlich moralisch zu unterstützen, sollten sich später die Tätigkeitsfelder vielfältig erweitern. So fand der Schwerter Lehrer Friedrich Kayser Aufnahme bei den Gersdorffs.

Seine depressive Frau hatte während seiner Inhaftierung durch die Nazis, die beiden Töchter getötet und dann Suizid begangen.

Bald wurden bereits bestehende Kontakte in die Niederlande reaktiviert und Bedrohte, insbesondere Juden, über die Grenze geschmuggelt. Während des Krieges entwickelte sich dazu auch ein Netzwerk mit evangelischen Christen, das von der Deportation Bedrohten, Unterkünfte und Verstecke organisiert.

Da der Aufstieg des Nationalsozialisten auch durch die Zerstrittenheit der politischen Linken ermöglicht worden war, wollte man nunmehr eine Organisation schaffen, die diese Differenzen verhinderte, eine Sozialistische Union. Das Programm, 1943 abgeschlossen, wurde auch auf Treffen in bei den Gersdorffs in Brünninghausen erstellt. Es fand seinen Weg trotz des Krieges bis in Emigrantenkreise in London.

Die vielfältigen persönlichen und organisatorischen Verbindungen lassen es heute zu, die Gersdorffs, Kayser und weitere den sogenannten Leuschnerkreisen, dem zivilen Umfeld des 20. Juli zuzurechnen. Nach ihrem Tod hatte Charlotte Möller, die Adoptivmutter von Li Gersdorff, die schmerzhafte Aufgabe, die sterblichen Überreste der drei mit einem Handwagen zum Friedhof zu bringen. Die Kreissiedlungsstraße heißt heute Gersdorffstrasse. Nach Wilhelm Kayser wurde in Schwerte eine Schule benannt.

Dieter Knippschild



Flashmob mit Schildern „Friede“ in vielen Sprachen

1. September 2025: Antikriegstag am Alter Markt

Am Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen 1939 und der Beginn des 2. Weltkrieges war auch 2025 Anlass, der Opfer aller Kriege und des Nationalsozialismus zu denken. In der Vergangenheit haben wir seit 2007 unter Federführung des DGB diese Gedenk- und Mahnveranstaltung an der Steinwache durchgeführt. Erstmals fand nun das Gedenken auf dem „Alter Markt“ in der Dortmunder Innenstadt statt, um mehr und insbesondere jüngere Menschen anzusprechen, sich mit den Aspekten von Krieg und Frieden auseinander zu setzen. Es sollte bunt und kreativ werden, Geschichte lebendig werden lassen und Musik, kulturelle Beiträge und Interviewrunden auf die Bühne bringen.

Der DGB-Stadtverband Dortmund führte dazu in Kooperation mit der DGB-Jugend, dem Jugendring, den Falken, SLADO e.V. (Dachverband der Schwulen, Lesben, Bisexuellen- und Transidentenvereine), dem VMDO e.V. (Verbund sozial-kultureller Migrantenvereine) und dem Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee e.V. die Veranstaltung von 16 Uhr bis 19 Uhr durch. Außerdem informierte das Dortmunder Friedensforum zum Thema Wehrdienst und Verweigerung und Kammerschauspieler Andreas Weißert las Texte gegen den Krieg.

Um die Bühne herum mit einem Banner „Hass ist krass - Frieden ist krasser“ waren sechs Pavillons platziert, in denen sich die beteiligten Vereine und Verbände mit ihren Projekten präsentierten. Beim abschließenden Bühnenprogramm gab es Interviewrunden, Vorträge und Musik- und Tanzbeiträge aus dem „Haus der Vielfalt“ des VMDO. Im Laufe der Veranstaltung waren stets 100 bis 150 Besucherinnen und Besucher zugegen. Mit dem neuen Format und dem neuen Ort sind die



Voraussetzungen besser gegeben, Kooperationen und Netzwerke sichtbar zu machen, Konsens und neue Begegnungspunkte mit anderen, sehr unterschiedlichen Verbänden zu schaffen. Gemeinsame Interessen gilt es besser zu verfolgen. Im Interview mit Georg Deventer vom Förderverein sprach sich dieser gegen Kürzungen des Sozialstaats zugunsten ungeheurer Rüstungsausgaben aus, gegen eine neue Wehrpflicht. Friedensfähig zu werden, sei das Gebot der Stunde. Hier sprach er sicherlich für alle, die in der Veranstaltungsgemeinschaft das neue Format des Dortmunder Antikriegstages vorbereitet hatten. Für das Gelingen des neuen Veranstaltungsformates an den künftigen Gedenktagen zum Ersten September müsste die jetzige Veranstalter-

gemeinschaft eine stärkere Beteiligung der Jüngeren über die sozialen Medien versuchen zu erreichen, Schulen in Dortmund ansprechen und die dem Jugendring angeschlossenen Verbände stärker involvieren. Das Programm muss einerseits generationsübergreifend attraktiv sein und zum anderen gerade junge Leute ansprechen, zur Veranstaltung zu kommen.

Der DGB verfasste folgende Stellungnahme:

Für eine Politik der Friedensfähigkeit! Nie wieder Krieg - in Deutschland, Europa und weltweit!

Auszüge aus der Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2025:

Bühne mit Moderatorin vom Jugendring Selinzy Gülsøy, Vertreter Jugendring Tim Stenzhorn, den Falken Richard Pleuger und von der DGB-Jugend David Wiegmann



Bühne mit Paul Klammer, Geschäftsführer von SLADO und Georg Deventer vom Förderverein



Bärbel Sumagang, Vorsitzende des DGB-Dortmund-Hellwig, Nachfolgerin der im Januar verstorbenen Jutta Reiter

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine Friedens- und Sicherheitsordnung ein, die im Rahmen der Vereinten Nationen multilaterale Konfliktlösungen mit den Mitteln der Diplomatie und wirksamer Krisenprävention ermöglicht. Das Fundament einer solchen Ordnung bildet das völkerrechtliche Gewaltverbot, ergänzt um die Prinzipien der souveränen Gleichheit von Staaten, der Selbstbestimmung der Völker und der freien Bündniswahl, der gegenseitigen Vertrauensbildung, der friedlichen Streitbeilegung und der Achtung der Menschenrechte. In Verbindung mit dem völkerrechtlich verbürgten Anspruch auf Selbstverteidigung und den Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts sind es diese Grundsätze und ihre Durchsetzung, die vor acht Jahrzehnten den Ausschlag für die UN-Gründung gegeben haben.

Aus gewerkschaftlicher Sicht sind diese Prinzipien als Pfeiler einer regelbasierten internationalen Ordnung unantastbar. Und doch erleben wir 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges erneut, dass immer mehr Länder von Kriegen heimgesucht werden. Noch nie gab es seit 1945 so viele bewaffnete Konflikte wie 2025. Bis Ende des Jahres wird das weltweite Kriegsgeschehen Schätzungen zufolge mehr als 200.000 Todesopfer fordern. 120 Millionen Menschen werden durch Konflikt, Gewalt und Verfolgung gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Besonders betroffen sind Kinder. Jedes sechste Kind kommt mittlerweile aus einem Konfliktgebiet. Die meisten Kriegstoten haben wir in der Ukraine und im Nahen Osten, aber es toben auch zahllose „vergessene“ Gewaltkonflikte. Ob Sahel-Zone, Sudan, Horn von Afrika oder Myanmar – über diese und viele andere (Bürger-) Kriegsschauplätze wird in unseren Medien kaum berichtet. Wir fallen mehr und mehr zurück in Zeiten, in denen die Durchsetzung der eigenen Interessen mit Waffengewalt als legitimes Mittel der Politik betrachtet wird. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hat die Großmachtkonkurrenz zwischen den USA, China und Russland. In ihrem Ringen um geopolitischen und geoökonomischen Einfluss forcieren sie eine Politik der Konfrontation und Blockbildung. Für Europa stellt sich zusätzlich die Herausforderung, dass auf das Schutzbündnis mit den USA kein

Verlass mehr ist. Auch die Europäische Union und die europäischen NATO-Staaten laufen deshalb immer stärker Gefahr, zum Spielball rivalisierender Großmachtinteressen zu werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen deshalb durchaus die Notwendigkeit, in Deutschland und Europa die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Die dafür auf dem NATO-Gipfel in Den Haag beschlossene Erhöhung der Rüstungsausgaben auf fünf Prozent des BIP betrachten wir allerdings als willkürlich und bewerten sie äußerst kritisch. Diese vor allem auf Druck der USA festgelegte Zielgröße bedeutet zusätzliche Rüstungsausgaben in fast unvorstellbarer Höhe. Sie würden knapp der Hälfte des gesamten Bundeshaushalts entsprechen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung anlässlich des bevorstehenden Antikriegstages am 1. September dazu auf,

- sicherzustellen, dass zusätzliche Rüstungsausgaben nicht zu Lasten des Sozialhaushalts, der Ausgaben für Bildung und Forschung und von Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur gehen.
- sich bei der Festlegung zusätzlich notwendiger Verteidigungsausgaben nicht dauerhaft an der abstrakten, sachlich unbegründeten und völlig überhöhten NATO-Zielvorgabe von fünf Prozent des BIP zu orientieren. Stattdessen muss sich jede Ausgabensteigerung an den tatsächlich bestehenden Ausrüstungs- und Kapazitätsbedarfen bemessen. Zu rechtfertigen sind zusätzliche Rüstungsausgaben nur in dem Umfang, der die Bundeswehr wirklich dazu befähigt, ihren grundgesetzlichen Auftrag zur Landesverteidigung und ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen.
- ihren nun eingeschlagenen sicherheitspolitischen Kurs grundlegend zu korrigieren. Die Bundesregierung muss sich aktiv dafür einsetzen, dass die sich



immer schneller drehende Aufrüstungsspirale endlich gestoppt wird. Statt einseitig auf militärische Abschreckung zu setzen, müssen diplomatische Initiativen zur Aufrechterhaltung und Wiederbelebung der multilateralen Ordnung wieder viel stärker in den strategischen Mittelpunkt rücken. Kontraproduktiv sind in diesem Zusammenhang die von der Bundesregierung geplanten massiven Haushaltsskürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit und bei der humanitären Hilfe. Sie müssen dringend rückgängig gemacht werden. Rüstungsausgaben in einer Höhe, die massiv auf Kosten der öffentlichen Finanzierung (sozial)-staatlichen Aufgaben gehen, stärken nicht unsere Verteidigungsfähigkeit, sondern bewirken das Gegenteil: Sie erhöhen die Angreifbarkeit unserer Demokratie von außen und innen. Es ist höchste Zeit für eine Rückbesinnung auf die Werte der Charta der Vereinten Nationen und die Prinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki! Friedensfähig zu sein ist das Gebot der Stunde!

V.i.S.d.P.: Bärbel Sumagang, Ostwall 17 - 21,
44135 Dortmund, eine Veranstaltung des
DGB-Stadtverband Dortmund



12. September 2025: FIR-Artikel zu 100 Jahre Bauhaus

Wir veröffentlichen auf unserer Webseite den wöchentlichen Newsletter von Dr. Ulrich Schneider, Bundesvorsitzender der VVN-BdA und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten. Der Förderverein Steinwache – Internationales Rombergparkkomitee e.V. ist korporatives Mitglied des FIR. Der Artikel vom 12. September 2025 sei hier beispielhaft wiedergegeben:

100 Jahre Bauhaus in Dessau – Antifaschismus und Design

In diesen Wochen wird in Dessau (Sachsen-Anhalt) und teilweise auch international an das 100-jährige Jubiläum dieser Künstler-, Architekten- und Designer-Gruppe erinnert. Von ihrer Konzeption her war die Zusammenführung von Kunst und Handwerk damals etwas völlig Neues. Das Bauhaus gilt weltweit als Avantgarde der Klassischen Moderne auf allen Gebieten der freien und angewandten Architektur, der Kunst und des Designs. Bis heute findet man in vielen Ländern Beispiele der Bauhaus-Architektur, nicht nur in Deutschland, auch in Israel, Italien und in Spanien. Besonders in den USA wurde nicht zuletzt der Hochhausbau von Architekten des Bauhauses massiv beeinflusst.

Diese Verbreitung der Bauhaus-Architektur ist nicht nur Ausdruck der internationalen Anerkennung der Designer-Leistung, sondern war auch Ergebnis des politischen Umgangs mit dem Bauhaus und dessen Verfolgung durch völkisch nationalistische Kräfte und später durch die NSDAP.

Dies begann bereits in Weimar, wo die Bauhaus-Schule 1919 unter Walter Gropius mit ihren Werkstätten in der staatlichen Kunsthochschule ihren Ausgangspunkt hatte. Bis heute stilbildend sind die in diesen Werkstätten entstandenen Alltags- und Gebrauchsgegenstände, die sich nicht nur durch eine besondere Ästhetik, sondern gleichzeitig durch hohe Funktionalität auszeichneten. Während die Kunstwelt dieses neuen Design feierte, das Motto „Form follows function“ (Form folgt der Funktion) vielfältige Gestalter anregte, hetzten reaktionäre Kräfte in Weimar, die diese Kunstrichtung als „entartet“ denunzierten, gegen die Kunstschule und ihre Protagonisten.

Als 1923 die Arbeiterregierung in Thüringen durch die Reichsregierung mit Militär abgesetzt worden war, brachten die Neuwahlen im Februar 1924 eine reaktionäre Mehrheit von deutsch-nationalen und völkischen Kräften. Diese Landesregierung halbierte den Etat des

Bauhauses, so dass die Existenz dieser Design-Schule in Weimar unmöglich wurde. Im Herbst 1925 zog das Bauhaus nach Dessau, einer sozialdemokratisch geprägten Industriestadt, wo man ein besseres Umfeld erhoffte. Aber auch dort war man eher geduldet als geliebt. Die rechten Kräfte setzten ihre in Weimar begonnene Kampagne gegen diese „undeutsche“ Kunst fort. Als bei den Kommunalwahlen 1931 die NSDAP in Dessau stärkste Kraft wurde, beantragte sie gemeinsam mit den Deutschnationalen, das staatliche Bauhaus in Dessau zu schließen. Die KPD stimmte gegen den Antrag der Nazis, die SPD enthielt sich. Damit war das Schicksal dieser Einrichtung auch in Dessau besiegelt. Ludwig Mies van der Rohe versuchte, die Bauhaus-Schule auf privater Basis in Berlin bis 1938 fortzusetzen. Das war nach dem 30. Januar 1933 nur möglich, indem er selber sich dem NS-Regime andiente. Zeitgenossen kritisierten ihn deshalb als „Steigbügelhalter des Faschismus“, da manche seiner Schüler Mitglieder in NS-Organisationen waren.

Andere Vertreter des Bauhauses emigrierten Anfang der 1930er Jahre in die Vereinigten Staaten, unter ihnen Josef Albers, Herbert Bayer, Walter Gropius und László Moholy-Nagy, der in Chicago 1937 versuchte eine „New Bauhaus“-Design-Schule aufzubauen. Vor Beginn des Krieges folgt selbst Ludwig Mies van der Rohe. Zahlreiche jüdische Bauhaus-Architekten emigrierten nach Palästina. In Tel Aviv errichteten sie im Sinne des Bauhaus-Konzeptes mehr als 4000 Gebäude. Diese „Weiße Stadt“ besitzt seit 2003 den Status eines UNESCO-Weltkulturerbes. Bauhaus-Architekten gingen auch in das republikanische Spanien, wo sie 1934 bis 1936 halfen, in Gava südlich von Barcelona das Gebäude der „Unio de Cooperadors“ zu erbauen.

Nicht alle Bauhäusler hatten das Glück, das faschistische Deutschland verlassen zu können. Viele wurden Opfer von Verfolgung. Den absurdesten Umgang mit dem Bauhaus erlebte Franz Ehrlich. Er wurde in der Aufbauphase 1937/38 in das KZ Buchenwald verschleppt und musste – als Häftling und Künstler – das schmiedeeiserne Tor des Lagers mit dem Leitspruch „Jedem das Seine“ gestalten. So ist bis heute das Bauhaus mit der KZ-Gedenkstätte Buchenwald untrennbar verbunden.

Mindestens 21 Künstlerinnen und Künstler des Bauhauses wurden während der NS-Herrschaft in Konzentrationslagern oder Gefängnissen umgebracht. In ihrem Sinne erinnern auch Antifaschisten an die mehr als 100jährige Geschichte des Bauhauses.

Netzwerk Antisemitismus: Aufruf für den 9. Oktober und Stellungnahme des Fördervereins

Im Oktober jährten sich der rassistische und antisemitische Anschlag in Halle vom 9. Oktober 2019 sowie der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Wir als Förderverein Steinwache - Internationales Rombergparkkomitee e.V. sind Mitglied im Netzwerk zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund. Neben dem Aufruf zur Teilnahme an einer Solidaritätskundgebung des „Netzwerks zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund“ veröffentlichte der Förderverein folgende Stellungnahme:

Wenn es heißt, dass wir uns wünschen, dass die Menschen in Israel und Gaza friedlich leben können und nicht mehr unter der Gewaltherrschaft der Hamas und den Folgen des Terrors leiden müssen, sollte auch die palästinensische Bevölkerung nicht mehr unter den ungeheuren Vergeltungs- und Vernichtungsschlägen des israelischen Militärs im Gazagebiet leiden müssen.

Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels und das Existenzrecht des jüdischen Staates, aber auch für die Einhaltung des Völkerrechts und den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung. Wir müssen die Einhaltung des humani-

tären Völkerrechts einfordern und uns vieler Staaten anschließen, dass der Krieg im ersten Schritt über einen sofortigen Waffenstillstand beendet wird. Dazu gehört auch der sofortige Stopp von Waffenlieferungen, die von Israel völkerrechtswidrig in Gaza eingesetzt werden. Die Besatzung und die fortgesetzte Missachtung grundlegender Menschenrechte durch die jetzige israelische Regierung muss beendet werden. Das Aushungern, das Töten, die schrittweise Umsetzung zur Zwangsumsiedlung ist nicht zu rechtfertigen.

Gerade in diesen Tagen gibt es genug Gründe, für echten Frieden zu demonstrieren. Ob im Nahostkonflikt oder im Ukrainekrieg: Wer im Rahmen von Friedenskundgebungen die Aggressoren nicht benennt und die Angegriffenen noch belehrt, propagiert nicht Frieden, sondern Kapitulation. Eine Friedensbewegung darf sich nicht vor den Karren des Kremls spannen und muss es schaffen, die israelische Kriegs- und Besatzungspolitik zu verurteilen, ohne das Existenzrecht Israels in Zweifel zu ziehen.

Das Leid der Menschen ist unteilbar.

Georg Deventer - im September 2025

10. November 2025: Pogromgedenken in Dorfstfeld

In diesem Jahr jähren sich die nationalsozialistischen „Novemberpogrome“ zum 87. Mal. Am 9. November 1938 kam es im ganzen Land zu organisierten antisemitischen Angriffen: Synagogen wurden in Brand gesetzt, jüdische Einrichtungen, Wohnungen und Geschäfte wurden zerstört und geplündert. Rund 30.000

Jüdinnen und Juden wurden in Folge in Konzentrationslager verschleppt.

Auch in Dortmund brannten Synagogen. Die Pogrome markierten einen gewalttätigen Übergang zu der systematischen Verfolgung von jüdischen Men-



Banner Bunt statt Braun

schen in Deutschland, die in der Shoah, der grausamen Vernichtung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden, mündete. Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft weiterhin präsent. Regelmäßig kommt es zu Beleidigungen und Angriffen gegen Jüdinnen und Juden, die dazu führen, dass jüdisches Leben in Deutschland weiterhin



gefährdet ist. Um den Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen zu gedenken und ein Zeichen gegen aktuellen Antisemitismus zu setzen, fand am 10. November eine Gedenkstunde mit Rede- und Kulturbeiträgen am Mahnmal für die ehemalige Synagoge in Dortmund Dorstfeld statt. Begleitet wurde die Kundgebung von einem Rahmenprogramm auf dem Wilhelmplatz, bei dem Dortmunder Schulen, Organisationen und Initiativen ihre Arbeit zu den Themen Nationalsozialismus, Gedenken und Antisemitismus vorstellten.

Am gemeinsamen Infostand des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-IRPK auf dem Wilhelmplatz mit Georg Deventer und Stadtarchiv/Steinwache mit Mercedes Gonzales-Grote

Brief des Fördervereins an den neuen Oberbürgermeister Alexander Kalouti



Förderverein Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

c/o Bredowstr. 4a

44309 Dortmund

Vorsitzender Georg Deventer

Tel. 0172-271 48 63

Mail: gus.deventer@arcor.de

Herrn
Oberbürgermeister
Alexander Kalouti
Rathaus Friedensplatz 1
44122 Dortmund

Dortmund, 06.11.25

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie sind zum 1. November d.J. in Ihr neues Amt gewählt und nun „erster Bürger“ unserer lebens- und liebenswerten Stadt Dortmund. Dazu gratulieren wir Ihnen herzlich. Für Ihre Aufgaben an der Spitze von Rat und Verwaltung wünschen wir Ihnen alle Kraft und gutes Gelingen. Wir wünschen uns - wie das mit allen Ihren Vorgängern bis Dietrich Keuning in den 1960iger Jahren war – eine gute Zusammenarbeit. Dieses insbesondere in der Gedenk- und Erinnerungskultur, die in unserer Stadt einen besonderen Stellenwert hat: beispielsweise verbunden mit dem Mahnmal in der Bittermark und der Gedenkstätte Steinwache sowie mit dem Internationalen Friedhof und dem Denkmal für die Zwangsarbeiter/innen auf der Kulturinsel des Phoenix-See.

Wir hoffen, dass Sie mit uns an der Seite stehen im Kampf gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Bündnissen treten wir für Vielfalt, Toleranz und Demokratie ein. Für die hauptamtliche Mitarbeiterin in der Koordinierungsstelle, die in dem Programm „Demokratie leben!“ tätig ist, sind wir Anstellungsträger.

Sehr geehrter Herr Kalouti, von Ihnen an der Spitze des Rates der Stadt Dortmund erwarten wir, dass Sie die Brandmauer gegen die AfD und andere undemokratische Kräfte aufrechterhalten.

Einen Überblick über unsere Aktivitäten erhalten Sie auch in dem beigefügten Jahresbericht 2024 und auf unserer stets aktuellen Website.

Ein herzliches Glückauf.
Mit freundlichen Grüßen

Georg Deventer
Vorsitzender

Antwort des neuen Oberbürgermeister Alexander Kalouti an den Förderverein

Alexander Kalouti
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund



Förderverein Gedenkstätte Steinwache
Internationales Rombergpark-Komitee e.V.
Vorsitzender Georg Deventer
c/o Bredowstr. 4a
44309 Dortmund

26. November 2025

Sehr geehrter Herr Deventer,

herzlichen Dank für Ihre freundlichen Glückwünsche zu meiner Wahl zum
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund.

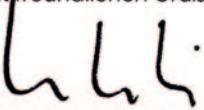
Die Gedenk- und Erinnerungskultur in Dortmund hat für unsere Stadt einen
besonderen Stellenwert. Die Arbeit des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache ist
für die Erinnerung an die Opfer von Gewalt und Unrecht von unschätzbarem Wert.
Ich weiß das Engagement Ihrer Mitglieder und der hauptamtlichen
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr zu schätzen.

Die Bedeutung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie sowie der konsequente Einsatz
gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene
Menschenfeindlichkeit sind Werte, die ich ausdrücklich teile.

Ich danke Ihnen für Ihr kontinuierliches Engagement in diesen Bereichen und freue
mich darauf, die Gedenk- und Erinnerungsarbeit in Dortmund weiterhin zu
unterstützen.

Für Ihre zukünftigen Aktivitäten wünsche ich Ihnen viel Kraft und Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen


Alexander Kalouti

25. November 2025:
**Veranstaltung im
Fritz Bauer Forum in
Bochum anlässlich des
Auschwitzprozesses
1963 - 1965**

Am Dienstag, dem 25. November 2025 veranstaltete das im Mai d. J. neu errichtete Fritz Bauer Forum in Bochum - in Kooperation mit dem Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergparkkomitee eine Gedenk- und Mahnveranstaltung zum Jahrestag des Auschwitzprozesses vor 60 Jahren.

In einer kleinen Ausstellung vom 25. November bis 9. Dezember 2025 wurden einige Bilder von Walter Liggesmeyer aus dessen Auschwitz-Zyklus „Mein Kind trägt Locken“ gezeigt. Die Bochumer Schauspielerin Karin Moog zitierte Gedichte aus diesem bildnerischen und literarischen Zyklus, der von Walter Liggesmeyer (1938 - 2017) nach seinem Besuch in Auschwitz im Jahre 1989 geschaffen wurde. Die Gründerin und Leiterin des Fritz Bauer Forum Dr. Irmtrud Wojak führte in das Thema historisch ein, Georg Deventer, Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee und Nachlassverwalter von Walter Liggesmeyer gab über dessen Leben und Werk einen Einblick geben. Im Mittelpunkt stand jedoch ein Referat des Berliner Autors, Kurators und Journalisten Alwin Meyer über „die Kinder von Auschwitz“. Alwin Meyer hat ein Leben lang weltweit nach überlebenden Kindern von Auschwitz geforscht und ihre Biographien umfassend veröffentlicht, z. B. in seinem im Steidl-Verlag erschienenen Hauptwerk „Die Kinder von Auschwitz - Vergiss Deinen Namen nicht“. Hierzu hatte die Stadt Dortmund und der Förderverein in den letzten Jahren schon Aus-



stellungen und Zeitzeugen-Veranstaltungen mit überlebenden Kindern von Auschwitz in Dortmund durchgeführt. Nach dem bewegenden Vortrag von Alwin Meyer kam es noch zu einer ausführlichen Aussprache unter den etwa 40 Gästen, darunter auch einige Mitglieder des Fördervereins.

Eine Nachfolgeveranstaltung zwei Tage später beschäftigte sich mit dem Auschwitzprozess selbst, mit Fritz Bauer und der deutschen Gesellschaft in den 60er Jahren. Hierzu referierte PD Dr. Irmtrud Wojak, Historikerin, Biografin Fritz Bauer und Leiterin des Forums.

Alwin Meyer



Dr. Irmtrud Wojak



Georg Deventer



Sonderveröffentlichung der Ruhrnachrichten
vom 29. November 2025

100 Jahre Westfalenhalle 1925 - 2025

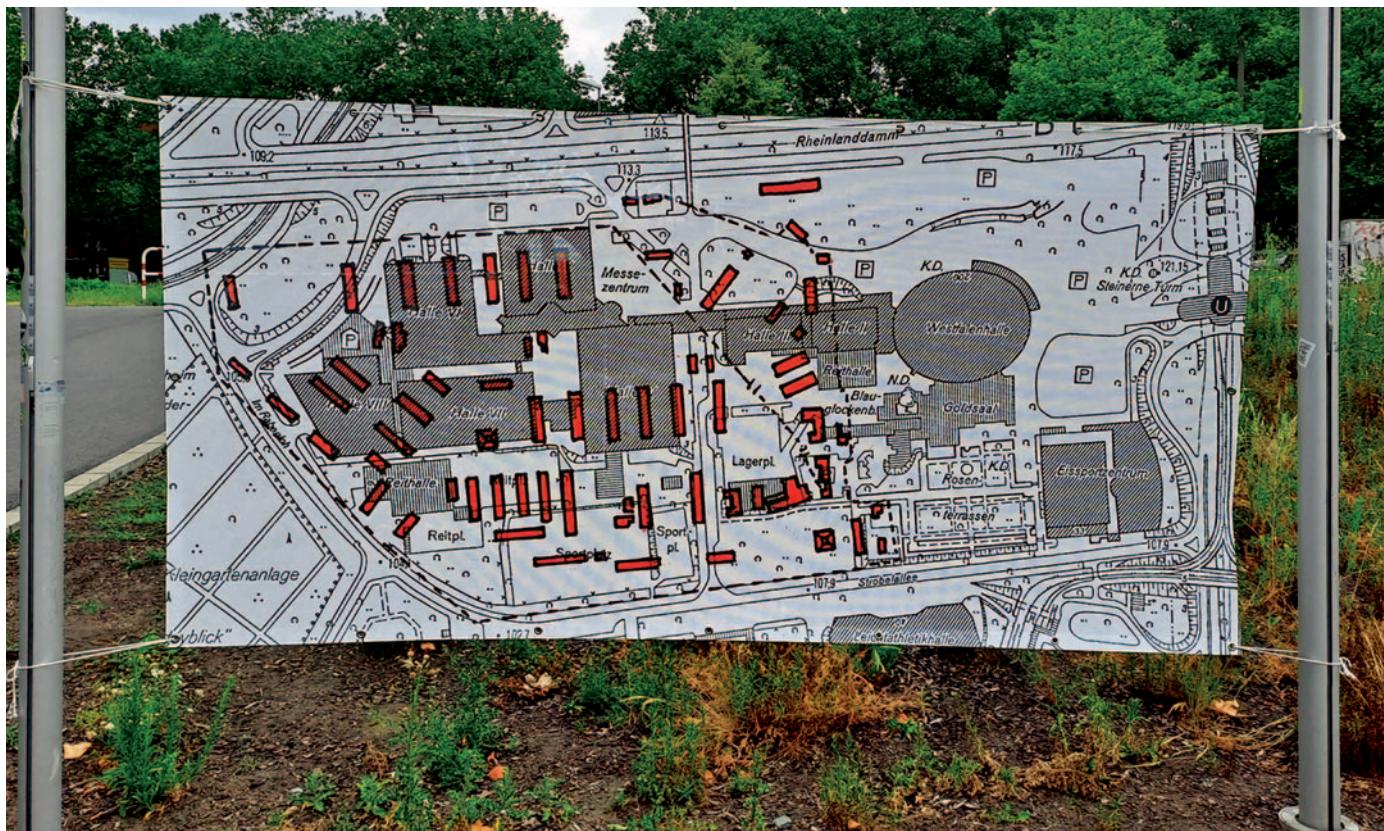
Leserbrief zum vergessenen Stalag VI D 1939 - 1945

Mit Stolz wird auf die große Vergangenheit zurück geblickt und voller Zuversicht nach vorn auf eine erfolgreiche Zukunft geblickt. In der Tat steht die Westfalenhalle für ein besonderes Stück Zeitgeschichte unserer Stadt. Bedauerlicherweise hat die umfassende Jubiläumsausgabe die Zeit des Stammlagers 1939 bis 1945 mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern ausgeklammert. Etwa 70.000 (!) Menschen waren in dieser Zeit ab 1939 in der Westfalenhalle und dann ab 1941 in umliegenden Barackenlagern interniert. Neben vorwiegend aus der Sowjetunion stammenden Kriegsgefangenen und zur Zwangsarbeit Deportierten waren auch viele aus Polen, Belgien, Frankreich, Jugoslawien und anfangs auch aus Italien im sog. Stalag VI D menschenunwürdig und menschenverachtend untergebracht. Viele von ihnen starben infolge von Willkürakten, Krankheit, Unterernährung und bei Bombenangriffen, denen sie schutzlos ausgeliefert waren.



In der 100jährigen Geschichte der Westfalenhalle sind diese Jahre ihre unruhigste Vergangenheit, die nicht in Vergessenheit geraten darf. Die Zukunft, auch die der Westfalenhalle, braucht Erinnerung. Da reicht ein Gedenkstein nicht aus. Und so hoffen wir, dass in oder an den heutigen Westfalenhallen ein besonderer Erinnerungsort geschaffen wird, der der Bedeutung des damaligen Stammlagers angemessen ist und in die Chronik der Westfalenhalle aufgenommen wird.

Georg Deventer
Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergparkkomitee e.V.



10. Dezember 2025: Jahresabschlussstreffen im BierCafé West

Es ist mittlerweile schon eine gute Tradition, sich am Ende eines Jahres in größerer Runde zu treffen und so lud der Förderverein auch in diesem Jahr zum Treffen in den Saal der Gastronomie des Eugen-Krautscheid-Hauses, ins BierCafé West am Westpark ein.

Wir haben eine besondere Nähe zu dieser Gastronomie, denn der Pächter Cüneyt Karadas ist Mitglied unseres Fördervereins und Vorsitzender Georg Deventer war der erste Leiter des AWO-Zentrums ab 1983 bis 1998. Seinerzeit entstand hier ein modellhaftes Seniorencentrum für Beratung, Begegnung, Gemeinwesenarbeit, Tagespflege und Gesundheit, im übrigen die erste teilstationäre Tagespflege in NRW und eine der wenigen 1983 in Deutschland.

Etwa 25 Mitglieder und Freundinnen und Freunde trafen sich bei Kaffee und Kuchen zu guten Gesprächen. Der Vorsitzende gab einen Rückblick über ein veranstaltungsreiches Jahr. In den Vordergrund stellte er die Besorgnis erregende Entwicklung hin zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und dass antidemokra-



Georg Deventer



Peter August Keßler

tische Einstellungen in unserer Gesellschaft weit verbreitet sind. Für das neue Jahr nannte er die Aufgabe, die Wirkung der bisherigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit zu hinterfragen und zur „Zukunft des Fördervereins“ die angemessenen Aktivitäten zu entwickeln. Der Literaturdozent und Geschichtenerzähler Peter August Keßler, auch Mitglied des Fördervereins, trug in Vorträgen Geschichten aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Krieges vor, aus seinem familiären Erfahrungsschatz, nachdenklich und anekdotisch.



Extreme Einstellungen für viele normal – **Manche wollen Diktatur in Deutschland**

Die neue „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Uni Bielefeld zeigt, dass antidemokratische Einstellungen, Abwertung von Minderheiten und rechts-extreme Positionen in Deutschland weit verbreitet sind. So würde mehr als jede und jeder Siebte Verhältnisse wie in einer Diktatur in Deutschland befürworten. Für die repräsentative Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung führten die Umfrageinstitute vom 30. Mai bis zum 4. Juli 2025 insgesamt 2001 vollständige Interviews mit 18 bis 94jährigen durch.

Zustimmung findet bei fast einem Viertel der Befragten der Satz: „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“ 30 % finden dies teils/teils. 15 % bejahen voll oder überwiegend: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“

Ein Viertel findet: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ Ein klar rechtsextremes Weltbild

teilen laut der Studie 3,3 %. Damit ist nach den neuen Umfragedaten der Anteil der Menschen mit klar rechts-extremen Einstellungen im Vergleich zur Vorgängerstudie von vor zwei Jahren um 4,7 % zurückgegangen.

Fast ein Drittel unterstellt Geflüchteten Sozialmissbrauch. Mit am stärksten ausgeprägt bleiben Vorurteile mit Bezug auf die sozioökonomische Lage von Menschen: 36 % stimmen etwa der Aussage zu, Langzeitarbeitslose machten sich „auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben“.



Ausarbeitung von Wilfried Stockhaus zum Thema Zwangsarbeit

Wilfried Stockhaus, Dortmund, ehrenamtlicher Mitarbeiter des Hoesch-Museums und stellv. Vorsitzender im Förderverein Gedenkstätte Steinwache – Intern. Rombergparkkomitee, hat eine Ausarbeitung zum Thema Zwangsarbeit verfasst, die wir auf unserer Webseite unter der Rubrik „Dokumentationen/Über den Tag hinaus“ veröffentlicht haben.

Das Foto auf der Titelseite zeigt das Treppenhaus der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, das im Original erhalten blieb. Es stellt den Mittelpunkt des fünfgeschossigen Gebäudes an der Steinstraße 50 dar, in dem seit 1992 die ständige Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 - 1945“ des Stadtarchivs Dortmund gezeigt wurde. Im alten Dortmunder Polizeigefängnis wurden während des Nationalsozialismus mehr als 66.000 Menschen festgehalten und vielfach durch die Gestapo misshandelt. Seit Juni 2025 ist die Steinwache für ca. drei Jahre geschlossen, da sie umfangreich umgebaut, modernisiert und die Ausstellung neugestaltet wird. Das Stadtarchiv führt pädagogische Angebote, Abendveranstaltungen und Wechselausstellungen weiterhin durch.



Der Förderverein ist Mitglied der FIR - Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten.
In der Rubrik „FIR-Newsletter“ auf unserer Webseite veröffentlichen wir regelmäßig den jeden Freitag erscheinenden Newsletter.



www.steinwache-rombergparkkomitee.org

Impressum

Herausgeber

Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergpark-Komitee e.V.
V.i.S.d.P. Georg Deventer (Vorsitzender)

Gemeinnützige Anerkennung durch das Finanzamt Dortmund-Hörde 315/5791/1487, eingetragen ins Vereinsregister 4949 beim Amtsgericht Dortmund

Textbearbeitung

Georg Deventer

Fotos

Ralf Brinkhoff, Förderverein Steinwache, Franz-Josef Deventer, Margret Deventer
Stadtarchiv Dortmund, Soukayna Jrio für Nordstadtblogger, Arnd Lülfing, Matthias Schilling, Alexander Völkel für Nordstadtblogger, Klaus Waschlewski, Karsten Wickern

Gestaltung

Deventer Grafik-Design, Meschede



NIEMALS
VERGESSEN!

FÖRDERVEREIN GEDENKSTÄTTE STEINWACHE
INTERNATIONALES ROMBERGPARK-KOMITEE

www.steinwache-rombergparkkomitee.org